

UNIA



ZEITUNG DER GEWERKS

work

Das grosse
AHVx13-Poster
zum Aufhängen Seiten 10-11

A1-Reportage: Der Warenwahn auf der Autobahn.

Seite 13

**Abstimmung vom 3. März:
Unsere AHV ist
und bleibt purlimunter!**



Jetzt Vollgas für den AHV-Dreizehnten!

5 Sonderseiten mit **Fakten, Grafiken**, einer **Reportage** aus **Liechtenstein** und einem **Interview** mit Unia-Präsidentin **Vania Alleva**. **Gegen die rechte Angstkampagne, falsche Behauptungen** und **schlecht gerechnete Prognosen**. **Für anständige Renten** und **gegen unanständige Alt-Bundesräte**.

Seiten 3 und 8-11

Spielzeug Handy



Was tun, wenn die Erstklässlerin ein eigenes Handy will? work hat Expertinnen gefragt und weiss Rat. Seiten 16-17

Arbeitszeit hinunter macht auch den Chef ganz munter
Sportartikel-Händler Heinz Egger aus Murten FR hat die Arbeitswoche in seiner Firma um einen Tag verkürzt. Und kommt jetzt aus dem Schwärmen nicht mehr raus. Seite 7



workedito
Anne-Sophie Zbinden

TOTGESAGTE LEBEN LÄNGER

Sie sind in den Weiten des Internets zurzeit fast nicht zu übersehen, diese schwarzweissen Bilder mit dem Pöstler, der die AHV überreicht, daneben die zufriedenen Gesichter der Rentnerinnen und Rentner. Die Schweiz ist stolz auf die AHV, auf diese wahrlich geniale soziale Institution. Die AHV ist mit ihren 76 Jahren nach wie vor rüstig, fit und munter. Obwohl sie seit fast ebenso vielen Jahren totgesagt wird. Mit den ewiggleichen Argumenten, die work bereits 2017 aufgelistet hat (rebrand.ly/hass-von-rechts) und die bis heute bemüht werden:

FINANZIELLER RUIN: 1947 warnten die Handelskammer und die Arbeitgeberverbände, dass die AHV keine sichere finanzielle Grundlage habe.

Mit 76 Jahren ist die AHV nach wie vor rüstig, fit und munter.

Die Deckung sei unvollständig. Eine Abgabe von vier Prozent auf die Löhne genüge nicht. Heute warnen die Gegnerinnen und

Gegner der 13. AHV-Rente vor nichts Geringerem als ihrem Untergang. «Die Initiative treibt die AHV in den Ruin», schreibt die FDP. Sie sei ein «Raubzug», so die SVP. Dabei ist die AHV kerngesund. Die Prognosen zu ihrem finanziellen Untergang lagen immer daneben (Seiten 10 und 11). Und ausserdem: Wo waren diese rechten Stimmen, als es um die Erhöhung des Militärbudgets ging? Wie, bitte schön, soll diese finanziert werden?

AUF DEM BUCKEL DER JUNGEN: Die 13. AHV-Rente verschärfe den Verteilungskampf zwischen Jung und Alt, die zusätzliche Rente bedrohe die Kaufkraft der Jungen, vertiefe den Generationenkonflikt – lauter Angstszenerien der Anti-AHV-Propaganda. Wie bereits vor über 75 Jahren: «An die Jungen» hiess damals ein anonymes Flugblatt. Es redete den Jungen ein, sie müssten für die Alten bezahlen, ohne selber zu profitieren. Nonsens.

GISSKANNENPRINZIP: Das am häufigsten verwendete Wort in diesem Abstimmungskampf ist wohl die Giesskanne. Dieses altehrwürdige Gartengerät kommt jedoch zu Unrecht in Verruf. Ohne Wasser kein Leben, so einfach ist das. Klar, auch die Reichen erhalten eine Rente (sie könnten auch verzichten, selbstverständlich). Doch sie zahlen viel mehr ein, als sie bekommen. Das ist der Clou der AHV. Doch Solidarität und Gleichbehandlung im Sozialwerk sahen die AHV-Feinde von Anfang an als wild um sich spritzende «Giesskanne». Nur hiess sie damals noch nicht so. Man sprach unverhohlen von «Verschleuderung von Geldern». Wenigstens ehrlich.

SOZIALISMUS: Auf einem Flugblatt von 1947 stand, die AHV erniedrige die Menschen zu «wohlgefütterten Staatsklaven». Und sie sei eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus. Die AHV brachte weder Sklaven noch Sozialismus. «Schweiz, wie sozialistisch willst du noch werden?» titelt die NZZ 2024. Und zieht über die «masslose» Initiative der Gewerkschaften her, über das masslose Geldausgeben des Bundes. Bereits die seit Anfang Jahr geltende Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der AHV sei nichts anderes als schleichender Sozialismus, denn dieses Geld komme nie mehr zurück. Doch, klar, in Form einer höheren AHV-Rente. Für alle!

Und hier noch aus dem Fundus, liebe Feindinnen und Feinde der AHV, falls euch die Argumente gegen den sozialen Fortschritt ausgehen sollten:

BÜROKRATIEMONSTER: Schon 1947 riefen die AHV-Gegner aus, es gebe eine «kostenverschlingende, aufgeblähte Bürokratie» und einen «Mammutfonds». Dabei ist die erste Säule im Vergleich mit Pensionskasse und Privatvorsorge die mit Abstand günstigste Versicherung.

Ein klares Urteil im Fall der Ärztin Natalie Urwyler: Inselehospital zerstörte ihre Karriere, weil sie eine Frau ist

Als Oberärztin hatte Natalie Urwyler am Inselehospital Bern steile Karrierechancen. Bis sie schwanger wurde. Es folgte ein zehnjähriger Kampf um Gleichstellung und Gerechtigkeit.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Die Diskriminierung, die ich am Inselehospital erlebt habe, hat meine Karriere vollständig zerstört», sagt Natalie Urwyler gegenüber work. Sie war im Berner Inselehospital Oberärztin, lehrte an der Uni, forschte, war angehende Professorin. Ihr stand eine steile Karriere bevor. Doch 2014 wurde sie Mutter.

«Viele Frauen haben nach mir ein vergleichbares Schicksal erfahren.»

NATALIE URWYLER, ÄRZTIN

Sie verlangte eine Pensumsreduktion auf 80 Prozent. Das Inselehospital lehnte ab. Zudem wurde ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit gestrichen. Sie wusste: Das bedeutete das Ende ihrer Karriere.

Das liess sich die frischgebackene Mutter nicht gefallen. Sie wehrte sich gegen die Kündigung. Gestützt auf das Gleichstellungsgesetz, machte Urwyler eine Rache Kündigung geltend. Und bekam 2018 auf ganzer Linie recht (work berichtete: rebrand.ly/Urteil-Urwyler). Das Inselehospital hat mit Urwyler Entlassung gegen das Gesetz verstossen. Das Urteil verlangte vom Inselehospital, Urwyler wieder anzustellen. Doch das Spital stellte die Ärztin gleich wieder frei.

Urwyler klagte erneut. Und jetzt hat ihr das Regionalgericht Bern-Mittelland recht gegeben: Weil sie eine Frau ist, habe das Inselehospital ihr die Beförderung verweigert. Zudem sei ihr deswe-



IM RECHT: Auch mit ihrer zweiten Klage hat Natalie Urwyler vor Gericht gesiegt. Das Gleichstellungsgebot wurde verletzt. FOTO: KEYSTONE

gen auch Geld aus dem privatärztlichen Honorarpool entgangen. Dies ist ein Geldtopf, aus dem die Klinik Beiträge an das Personal ausschüttet.

Doch der Fall ist auch nach zehn Jahren nicht abgeschlossen. Der letzte Verhandlungspunkt ist die finanzielle Entschädigung. Sie sagt: «Bis heute habe ich ungefähr eine halbe Million Schweizer Franken aufgewendet – ohne meine eigenen aufgewendeten Arbeitsstunden.» Insgesamt erreicht der Schaden die enorme Summe von 5 Millionen Fran-

ken. Deshalb hat Urwyler auf Schadenersatz geklagt. Es ist die Ultima Ratio, das letzte Mittel, das das Gleichstellungsgesetz vorsieht. Dieses Urteil steht noch aus. Gegenüber SRF wollte sich das Inselehospital zum aktuellen Verhandlungsstand nicht äussern. Sicher ist: Der Prozess von Urwyler ist einmalig und das Urteil eine grosse Errungenschaft für die Gleichstellung hierzulande.

FRAUEN IN DIE CHEFETAGE

So viel Geld, so viel Zeit, und doch wird der ganze Aufwand

für Urwyler Karriere keinen grossen Unterschied mehr machen. Doch für die Ärztin geht es um die Zukunft. Sie sagt: «Wir haben zwar sehr viele gute Ärztinnen, generell sehr viele gut ausgebildete Frauen in der Schweiz. In Führungsfunktionen sind Frauen aber völlig untervertreten.» Dies habe zwei schwerwiegende Konsequenzen: Erstens verliere die Schweiz gut ausgebildete weibliche Fachkräfte, und zweitens seien nicht die Besten auf Führungspositionen.

Gerade in der Medizin gehe es mit der Gleichstellung nur sehr schleppend voran: «Ich kenne viele Frauen, die nach mir ein vergleichbares Schicksal erfahren haben. Das Problem der Diskriminierung von Frauen ist erst gelöst, wenn wir wirklich gemischte Führungsgremien haben.» Und auch zu Hause müsse Gleichstellung gelten, besonders bei der gerechten Aufteilung der Haushalts- und Betreuungsarbeit.

Und was würde Urwyler jungen Frauen ans Herz legen, die sich an ihrer Arbeitsstelle nicht fair behandelt fühlen? «Es ist nicht an den jungen Frauen, die Welt zu retten. Die Vorgesetzten müssen sich an die Gesetze halten. Ich möchte allen Chefinnen und Chefs ans Herz legen, sich ans Gesetz zu halten, ansonsten kann dies Konsequenzen haben.»

1136 VERFAHRENSFÄLLE

Bislang wurden basierend auf dem schweizerischen Bundesgesetz für die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) sowie auf dem Verfassungsgrundsatz der Lohngleichheit 1136 Verfahrensfälle eröffnet. Die Website www.gleichstellungsgesetz.ch dokumentiert die Fälle in einer umfassenden Datenbank, bietet Weiterbildungsangebote an und stellt Arbeitnehmenden umfassendes Infomaterial zu ihren Rechten zur Verfügung.

Österreichischer Gesetzestext voller Frauen Wenn die Männer mitgemeint sind

Österreichs Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, in dem nur Frauen vorkommen. Die Männer sind aber explizit mitgemeint. Das verleiht dem Gesetz über «flexible Kapitalgesellschaften» eine besondere Würze.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Gross war der Aufschrei! Da war plötzlich nur noch von Gründerinnen, Geschäftsführerinnen oder Mitarbeiterinnen die Rede. Ein österreichischer Gesetzestext im generischen Feminin. Soll heissen: die Männer sind in der weiblichen Form mitgemeint. In Paragraph 27 steht das so: «Soweit in diesem Bundesgesetz auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.»

Das Gesetz über flexible Kapitalgesellschaften soll Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern Vorteile bieten und schafft eine für Start-ups gedachte neue Rechtsform – eine Art Mischung aus Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und Aktiengesellschaft (AG). Das Parlament hat das Gesetz Ende 2023 verabschiedet.

Justizministerin Alma Zadic (Grüne) höchstpersönlich hatte den Text in grammatikalisch rein weiblicher Form vorgelegt. Zadic's Begründung: «Damit machen wir die Rolle von Gründerinnen sichtbarer. Ausserdem leisten wir mit dem Gesetz einen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit», sagte sie in der «Kleinen Zeitung». Die konservative Partei ÖVP, Koalitionspartnerin in der Regierung, hatte dem Text zunächst zugestimmt.

Wo sind die Frauen in den Schweizer Gesetzen?

AUSGESCHLOSSEN. Als dann aber die vielen Frauen im Gesetz öffentlich wurden, musste sich die ÖVP doch noch empören. Sie könne keinen Beitrag zur Geschlechtergleichheit erkennen. Und die Rechtsaussenspartei FPÖ doppelte wenig überraschend nach. Sie beklagte eine «Verunstaltung der deutschen Sprache». Denn in der männli-



PIONIERIN: Ministerin Alma Zadic. FOTO: KEY

chen Form seien die Frauen mitgemeint, in der weiblichen die Männer hingegen nicht. Doch wieso sollten sich Frauen durch Firmengründer, Unternehmer oder Mitarbeiter angesprochen fühlen? Mit umgekehrten Vorzeichen scheint dies ja auch nicht der Fall zu sein. Oder wie «Der Standard» kommentiert: «Über die männliche Form regen sich die allermeisten Männer nicht auf. Sie kommen ja vor.» Aber kaum stehe in einem Gesetz durchgängig «Gesellschafterinnen», fühlten sie sich ausgeschlossen: «Lächerlich!»

Erstaunlich nur, dass diese Debatte im Österreich des 21. Jahrhunderts geführt wird. Wobei, wenn es nach so manchen Gesetzestexten ginge, gäbe es ohnehin nur Landeshauptmänner, Arbeitnehmer oder Bundespräsidenten. In den Schweizer Gesetzestexten sucht man Frauen übrigens auch vergeblich. Heisst das jetzt streng grammatikalisch, dass diese für Frauen nicht gelten?

Gruße aus Liechtenstein



FOTOS: VETCEZY, WIMEDIA (2), PD

KLARE KÖPFE: «Letztlich fließen alle Renten in die Wirtschaft zurück», weiss der Stammtisch im liechtensteinischen Balzers. FOTOS: JOK

Stärkung der 1. Säule: Liechtenstein macht's vor

Hier hat die 13. AHV schon Tradition!



Klitzeklein, konservativ und erzkatholisch – doch bei der AHV ist Liechtenstein der Schweiz voraus. Die 13. Rente hat das Fürstentum schon 1992 eingeführt – zur vollen Zufriedenheit des ganzen Ländles. Auf den Spuren einer Erfolgsgeschichte.

JONAS KOMPOSCH

Bange blicken die AHV-Miesmacher auf den 3. März. Ihnen droht eine Kanterniederlage – zugeführt vom eigenen Wählervolk. Richten soll es eine millionenschweren Angstkampagne. Und verbale Extreme: «Asozial» sei so eine 13. AHV-Rente! Ein «geschröpfter Mittelstand» drohe, ja gar der «Ruin» schlechthin! So und ähnlich schreit es auch am Bahnhof Sargans SG von den Nein-Plakaten. Ein ganz anderes Bild bietet sich nur zehn Velominuten weiter, im liechtensteinischen Balzers.

Im Dörfchen ist noch nicht viel los an diesem Dienstagmorgen. Dann endlich eine Bäckerei. Es gibt feine Gipfeli. Und eine junge Verkäuferin mit dezidierter Meinung: «Die 13. AHV? Logisch sage ich Ja!» Als St. Gallerin fahre sie täglich über den Rhein zur Arbeit ins Nachbarland – so wie rund 10 000 andere Schweizerinnen und Schweizer auch. Dass aber die Erbmonarchie längst kennt, worüber die Schweiz erst streitet, weiss sie nicht. Was kein Zufall ist.

OPPOSITIONSLOS EINGEFÜHRT

Die helvetischen 13.-AHV-Gegner setzen nämlich alles daran, das Beispiel Liechtenstein unter dem Deckel zu hal-

ten. Hier wurde die 13. Rente schliesslich schon 1992 eingeführt. Und zwar nicht etwa nach einer hart umkämpften linken Volksinitiative. Sondern fast geräuschlos auf Antrag der Vaterländischen Union, einer der beiden christlich-konservativen Regierungsparteien! Ihre Begründung damals: Der 13. und zum Teil sogar ein 14. Monatslohn seien längst normal. Da sei es nichts als gerecht, wenn auch die Pensionierten einen 13. erhielten.

Das leuchtete ein. Das Parlament in Vaduz winkte das Begehren praktisch oppositionslos durch. Auch die anfänglich skeptische Regierung erwärmte sich bald für das Anliegen und erweiterte den Anspruch auf die 13. Rente sogar noch auf die IV. Und so gab es bereits im Dezember desselben Jahres das erste «Weihnachtsgeld», so der offizielle Name der 13. AHV. Zunächst war es aber bloss eine Viertelrente, dann eine Halbrente und 1998 schliesslich die erste volle Monatsrente. Und damit lebt das Ländle offenbar bestens. In Balzers jedenfalls ist von «Ruin» und «geschröpftem Mittelstand» nichts zu spüren. Im Gegenteil.

VIELE RENTNER ARMUTSBEDROHT

Im Café Wanger etwa herrscht Hochbetrieb. Auch der Stammtisch ist voll. Eine zehnköpfige Altherrenrunde hat es sich bequem gemacht. Rege Diskussionen begleiten ihren Frühschoppen. work unterbricht: Verpassen hier rei-

che Rentner etwa gerade ihr Weihnachtsgeld? «Von wegen!» gibt ein Rüstiger zurück. «Das ist schon längst für die Steuern draufgegangen.» Ein frisch pensionierter Konstrukteur bestätigt: «Ich kann die 13. gut gebrauchen, auch weil die Pensionskassenvermögen derart weggeschmolzen sind.» Sein Tischnachbar relativiert: «Die einen haben es aber schon nötiger als andere.» Raunen in der Runde.

Fakt ist: Der Medianlohn (eine Hälfte verdient mehr, eine weniger) liegt mit brutto 6852 Franken leicht über jenem der Schweiz (6665 Franken). Doch die Einkommensungleichheit im Ländle ist extrem. Im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist die soziale Schere nur in Lettland, Litauen und Bulgarien noch weiter geöffnet. Während Liechtensteiner Banker und Finanzanwältinnen abhauen, sind laut Regierung 14 Prozent der Bevölkerung sogar armutsgefährdet. Und gerade die über 65-jährigen tragen das mit Abstand höchste Armutsrisiko. Ein Viertel von ihnen ist laut Landesstatistik bedroht.

Nicht berücksichtigt in diesen Zahlen ist das Heer der Grenzgänger. Und diese stellen die Mehrheit aller Arbeitskräfte. Denn im prosperierenden Zwergstaat gibt es immer mehr Arbeitsplätze. Über 45 000 sind es heute. Einwohnende zählt das Ländle aber keine 40 000. Mehr als 20 000 Berufstätige pendeln täglich vom Ausland ins Fürstentum. Über ein

Drittel von ihnen ist in einem der vielen Industriebetriebe tätig, etwa in den Grossfabriken von Hilti, Hilcona oder Thyssenkrupp. Auch ihnen winkt im Alter eine 13. Rente aus dem Fürstentum.

«WIR SIND KEINE SOZIS!»

«Aber», sagt jetzt im Café Wanger ein Pensionär und hebt schmunzelnd sein Glas, «letztlich fließen ja sowieso alle Renten in die Wirtschaft zurück!» Schalendes Gelächter. Dann wieder Ernsthaftigkeit. Denn work will jetzt wissen, ob es hier denn gar keine Gegner der 13. gebe. Allgemeines Kopfschütteln. «Höchstens in der Regierung!» meint einer. Tatsächlich wagte diese 2015, das Weihnachtsgeld anzutasten – und verbrannte sich heftig die Finger. Soll also auch die Schweiz der linken Ja-Parole folgen? «Sozis sind wir im Fall nicht hier!» meint nun ein ehemaliger Gemeindevorsteher an der Stirnseite des Tisches, «aber ja, ich denke, das kann sich auch die Schweiz leisten.»

Gleich tönt es im «Roxy», einem verrauchten Spunten mit Fasnachtsdeko. Ein junger Schichtarbeiter nippt an seinem Morgenkafi und sagt: «Ich kenne niemanden, der gegen die 13. ist.» Hinter dem Tresen nickt die Barfrau, und auch am Zünftisch verteidigen sie die Errungenschaft unisono. Ein Buezer im Blaumann legt sogar noch eins drauf: Die Liechtensteiner AHV habe noch weitere Vorteile. Etwa für Ehepaare. Tatsächlich erhalten diese je zwei persönliche Vollrenten. In der Schweiz dagegen gibt es noch immer bloss eine gemeinsame Ehepaarrente – und die ist auf 150 Prozent einer Maximalrente plafoniert. «Ihr Schweizer könnt es drehen und wenden, wie ihr wollt», schliesst daraus der Buezer, «für einmal sind wir euch klar voraus.»

Liechtensteiner AHV: Schweiz war Vorbild

1948 wurden die ersten Schweizer AHV-Renten ausbezahlt. Das Ländle folgte sechs Jahre später. Finanziell haben sich die beiden Sozialwerke seither unterschiedlich entwickelt – auch wegen Rentenklaus an den Saisoniers!

JONAS KOMPOSCH

Alfons Schädler erinnert sich noch gut an die Debatten um eine 13. AHV-Rente. Damals, Ende der 1980er Jahre, war der heute 95-jährige noch Präsident des Liechtensteini-



«Unsere Reserven sind stabil geblieben, trotz der 13. Rente.»

SIGI LANGENBAHN, ARBEITNEHMER-PRÄSIDENT LIECHTENSTEIN

schen Arbeitnehmerverbands (LANV) und gehörte zu den Erstunterzeichnern der Interpellation für eine 13. AHV-Rente. Zwar opponierten Gewerbevertreter, letztlich sei die Einführung aber kaum umstritten gewesen. «Unsere AHV-Kasse hatte schliesslich schon damals elf ganze Jahresreserven auf der hohen Kante.»

In der Dicke des Sparpolsters liegt noch heute die Hauptdifferenz zwischen der Schweizer AHV und jener des Ländles. Erstere verfügt über eine Reserve in der Höhe von rund einer Jahresausgabe, letztere dagegen über ganze elf Jahresausgaben! Der Grund liegt nicht im System, denn dieses hat Liechtenstein 1954 von der Schweiz übernommen.

OHNE AUSLANDSRENTEN. Der heutige LANV-Präsident, Sigi Langenbahn (59), erklärt: «Liechtenstein hatte immer einen viel höheren Anteil an sogenannten Gastarbeitern als die Schweiz. Und diese mussten zwar in die AHV einbezahlen, konnten daraus aber nichts beziehen!» Denn das Fürstentum zahlte keine Altersrenten ins Ausland – ausgenommen in die Nachbarländer. Die Tausenden Italiener, Spanierinnen und Jugoslawen gingen also leer aus – bis in die 1980er und 1990er Jahre.

So oder so. Die unterschiedlich hohen Reserven seien kein Argument gegen eine Schweizer 13. AHV. Davon

workzahl

20 000

ausländische Arbeitskräfte pendeln täglich nach Liechtenstein. Auch ihnen winkt im Alter eine 13. AHV aus dem Fürstentum.

ist neben Gewerkschaftsveteran Schädler auch LANV-Chef Sigi Langenbahn überzeugt. Denn: «Unsere Reserven sind über all die Jahre stabil geblieben – trotz der 13.» Zudem sei ja auch die Schweizer AHV gut gebettet. Tatsächlich nehmen die hiesigen AHV-Überschüsse Jahr für Jahr zu, und der Trend hält an. Auch Langenbahn empfiehlt daher ein Ja.

Jetzt Referendum unterschreiben – Bogen liegt bei Efas schadet Prämienzahlenden und Pflgenden

Medizinische Leistungen sollen aus dem gleichen Topf finanziert werden, egal, ob ambulant oder im Spital. Tönt gut, kommt aber schlecht. Vor allem für die Prämienzahlenden und die Pflgenden.

Die jetzt vorliegende Fassung von Efas sieht vor, dass die Kantone ihre 11 Milliarden Franken, die sie heute für Spitäler ausgeben, an die Krankenkassen überweisen. Diese dürften das Geld dann nach eigenem Gusto

weiterverteilen. Die Kantone dürften nicht einmal Leistungsaufträge formulieren, wie es sonst überall im Service public der Fall ist. Gleichzeitig soll auch die Langzeitpflege in die Efas aufgenommen werden und die Verantwortung der Kantone für die Übernahme der Restkosten. Damit steigt der Anteil von Prämienzahlenden ausgerechnet beim am stärksten wachsenden Bereich des Gesundheitswesens. Ein neuer Pflgetarif müsste – um die durch Efas provozierte Prämienexplosion wenigstens

einzu-dämmen – so tief angesetzt werden, dass der Druck auf die Pflgenden und auf die Qualität noch mehr steigen würde.

Dazu sagen die Gewerkschaften Nein. Ein Unterschriftenbogen liegt dieser work-Ausgabe bei. Ein ausführlicher Artikel zu Efas und ein Interview mit Unia-Pflegeexperte Samuel Burri erschienen in der letzten work-Nummer, nachzulesen hier:

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/efas-hintergrund)
rebrand.ly/efas-hintergrund



FOTO: KEYSTONE

Rassismus in der Schweiz

BERN. Jede sechste Person in der Schweiz erlebte zwischen 2018 und 2022 rassistische Diskriminierung. Das zeigt die jüngste Befragung der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes. Seit Beginn der Messung im Jahr 2010 ist dies eine deutliche Zunahme. Gründe für die Diskriminierung waren die Nationalität, die Hautfarbe oder ein anderes körperliches Merkmal, die Religion oder die ethnische Herkunft. Besonders betroffen sind junge Menschen und Personen mit Migrationshintergrund. Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung gibt an, sich an Personen zu stören, die sie als «anders» wahrnimmt.

Tonnage-Tax: Irres Steuerprivileg

Bundesrat und Bürgerliche wollen ein neues Steuerprivileg für Konzerne einführen: die Tonnage-Steuer. Schifffahrtsunternehmen sollen nicht mehr ihren Gewinn versteuern, wie dies alle Firmen tun, sondern die Kapazität ihrer Schiffe. Dadurch würden sie nur noch einen Bruchteil der regulären Steuern zahlen. Eine neue Recherche der Organisation Public Eye zeigt auf, wie viele Schiffe für Schweizer Firmen auf den Weltmeeren unterwegs sind: Insgesamt sind es mindestens 3600 Frachtschiffe! Der Grossteil dieser Schiffe, rund 2200 Tanker und Frachtschiffe, wird von Rohstofffirmen wie Glencore oder Trafigura betrieben. Sie wären die grossen Profiteure der Tonnage-Steuer.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/tonnagetax)
rebrand.ly/tonnagetax



FOTO: IWAN SCHAUWECKER

Mit Mut zur Lohnerhöhung Prix Engagement für die «Fachgruppe Coop»

Die Mitglieder der «Fachgruppe Coop» wurden im Rahmen der Unia-Delegiertenversammlung Ende Januar mit dem Prix Engagement geehrt. Die Coop-Mitarbeitenden haben sich im letzten Jahr erfolgreich für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt. Die Mitglieder der Fachgruppe zeigten sich in zahlreichen Zeitungsartikeln und konnten sich so für die Interes-

sen der ganzen Coop-Belegschaft einsetzen. Mit dem Prix Engagement zeichnet die Unia Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Dienstleistungssektor aus, die sich mit besonderem Mut für ihre Rechte eingesetzt haben.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/fachgruppe)
rebrand.ly/fachgruppe

Antifaschismus vor 90 Jahren: Der «Tössemer Krawall»



FOTO: KEYSTONE

Am Abend des 25. Januar 1934 erlebte die Nationale Front im roten Töss ihr blaues Wunder. Mit einer angeblich öffentlichen Veranstaltung suchten die Schweizer Hitler-

Nachfänger gezielt die Provokation – und zwar mitten im krisengebeutelten Büzerviertel Winterthurs. Geplant war eine Gewalteskalation, die ein hartes polizeiliches Durchgreifen gegen die Arbeiterbewegung rechtfertigen sollte. Tatsächlich kam es in Töss zur grössten antifaschistischen Strassenschlacht, die die Schweiz bis dahin gesehen hatte. Der Plan der Fröntler ging trotzdem nicht auf. Und doch hatte der «Tössemer Krawall» weitreichende Folgen für die schweizerische Linke.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/toess)
rebrand.ly/toess

Humanitäre Hilfe für Gaza!

BRÜSSEL. Mindestens 16 Länder haben ihre Zahlungen für das Hilfswerk der Uno für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) ausgesetzt, darunter die zwei grössten Geldgeber USA und Deutschland. Auch die Schweiz hat ihre Unterstützung auf Eis gelegt. Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) ruft die Regierungen dringend dazu auf, diesen Entscheid rückgängig zu machen. Durch die Mittelstreichung werde den Palästinenserinnen und Palästinensern lebenswichtige Unterstützung vorenthalten. Seit dem Ausbruch des Krieges wurden in Gaza über 27 000 Menschen getötet und mehr als 67 000 verwundet. In der Region Rafah unterstützt die UNRWA mehr als 1,4 Millionen Menschen, die unter schwierigsten humanitären Bedingungen überleben.

Solidaritätsdemo für die Ukraine

BERN. Zum zweiten Jahrestag des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, am 24. Februar, organisiert der Ukrainische Verein zusammen mit einem breiten überparteilichen Bündnis eine nationale Solidaritätskundgebung in Bern. Die Unia unterstützt die Kundgebung. Sie beginnt um 14 Uhr mit einem Demo-Umzug auf der Schützenmatte. Ab 15 Uhr gibt es Reden von Politikerinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft auf dem Bundesplatz.

Lohnschiss beim Džemaili-Hausbau

Krasses Foul auf der Baustelle: Beim Hausbau von Ex-Fussballprofi Blerim Džemaili zahlt eine Ostschweizer Firma die Löhne nicht aus. Jetzt gehen eine Sekretärin und vier Büzeyer vor Gericht. Einer von ihnen ist Metallbauer Viktor Szabo aus Romanshorn TG. Szabo montierte bei einem Neubau in Kilchberg ZH Balkon- und Treppengeländer sowie Abdeckleisten an den Fenstern. Bald merkte der 38-jährige Bauherrin des Neubaus ist die Džemaili Services AG. Diese gehört zu je 50 Prozent dem Fussballstar Blerim Džemaili und seinem Bruder. Doch Szabo hat bis heute keinen Rappen Lohn für seine Arbeit erhalten. Eine Berechnung der Unia zeigt: Die Bau-firma AMA schuldet ihm gegen 30 000 Franken. Mindestens vier andere Mitarbeitende der Firma warten ebenfalls bis heute auf ihre Löhne.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/dzemaili)
rebrand.ly/dzemaili

Wird der Büzeyer zum Bot?

Künstliche Intelligenz (KI) wird grosse Auswirkungen auf die Arbeitswelt haben. Das sagt eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF). Sie geht davon aus, dass KI in der Schweiz rund 60 Prozent der Jobs beeinflussen wird. Besonders stark

work im Web: So finden Sie uns!



Neu finden Sie täglich neue Artikel auf www.workzeitung.ch auf Ihrem Computer, Tablet oder Handy. Auf Ihrem Handy-Bildschirm können Sie einen direkten Link erstellen, work erscheint dann so wie in einer App. Und so geht's: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.). Für I-Phone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm». Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.



Unser Facebook-Kanal: work finden Sie auch auf Facebook. Täglich halten wir auf unserem Kanal unsere Leserschaft auf dem Laufenden. Sie finden uns unter dem Namen «**work – die Zeitung der Gewerkschaft**». Drücken Sie auf der Startseite das «Gefällt mir»-Symbol, spielt es in Zukunft work-Beiträge auf Ihre Facebook-Startseite.



Unser Instagram-Profil: Hier sind wir unter dem Namen @workzeitung zu finden. Auf Instagram teilen wir Beiträge zu aktuellen work-Artikeln, geben Veranstaltungstipps und berichten mit Fotos und Videos direkt von Demos oder anderen Aktionen.

betroffen sind Berufe, die mit Sprache arbeiten, zum Beispiel in der Übersetzung, in Callcentern oder im Journalismus. Aber auch in der Sicherheitsbranche verändert KI die Arbeitswelt. work hat sich mit einem Security-Büezer und dem Programm ChatGPT über den Wert ihrer Arbeit und die Macht von KI unterhalten.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/k-i)
rebrand.ly/k-i

Geschenke für die Dreckschleudern

Die Journalistin Alex Tiefenbacher und der Journalist Luca Mondgenast analysieren in ihrem neuen Buch «CO₂-Ausstoss zum Nulltarif» die Funktionsweise des Schweizer Emissionshandelsystems (EHS), die Spezialdeals mit Gratiszertifikaten und die tatsächlichen CO₂-Bilanzen der Schweizer Konzerne in den Jahren 2013–2020. Und sie stellen zentrale Fragen: Konnte das EHS die CO₂-Emissionen in den letzten Jahren überhaupt senken, und was haben die Konzerne für ihre Emissionen bezahlt?

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/klimaschutz)
rebrand.ly/klimaschutz

Mehr Lohn für Syngenta-Mitarbeitende

Gute Nachrichten für die fast 1000 Mitarbeitenden der Syngenta-Fabrik in Monthey: Der Walliser Standort des Chemiekonzerns erhöht die Lohnsumme um insgesamt 2,2 Prozent. Den Mitarbeitenden mit den tiefsten Löhnen garantiert Syngenta im Minimum den Teuerungsausgleich von 1,7 Prozent. Für Blaise Carron, Regionalsekretär der Unia Wallis, ist dies ein wichtiges Zeichen für die ganze Branche. In der chemischen Industrie gibt es oft nur individuelle Lohnerhöhungen ohne garantierten Teuerungsausgleich. Die Fabrik in Monthey ist

für Syngenta der weltweit wichtigste Produktionsstandort für Pestizide.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/monthey)
rebrand.ly/monthey

Neue Strategie gegen Mindestlöhne Basler Parlament verzögert Abstimmung



FOTO: ZVG

Die Unia hat im Kanton Baselland die Initiative für einen kantonalen Mindestlohn lanciert und im vergangenen Sommer eingereicht. Eigentlich hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Baselland noch dieses Jahr darüber entscheiden sollen. Doch jetzt hat die bürgerliche Mehrheit im Kantonsparlament die Abstimmung auf die lange Bank geschoben. Unterstützt wurde sie dabei prompt von der grossen Mehrheit der Grünen-Fraktion. Sollte das Baselländer Parlament die Mindestlohninitiative allen Urteilen und Gutachten zum Trotz für ungültig erklären, wird die Unia juristisch dagegen vorgehen. Besonders für die 12 000 Menschen, die im Baselland weniger als 22 Franken verdienen, ist die Verzögerungsstrategie der Arbeitgeber verheerend.

 Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/milo-bl)
rebrand.ly/milo-bl



MIGROS MAGERT AB: Der Handelskonzern veräussert Firmen und streicht Stellen. FOTO: IMAGO

Der orange Riese: 20 Jahre antigewerkschaftliche Blockade

Wo sie «sozial» ist, bestimmt die Migros selber

Radikalkur bei der Migros: 1500 Stellen weg, SportX weg, Melectronics weg. Aber keine Sorge, man sei eine soziale Arbeitgeberin. Wirklich?

CHRISTIAN EGG

Es ist der grösste Stellenabbau in der Geschichte der Migros: Bis zu 1500 Jobs will der orange Riese streichen. Was nicht zum «Kerngeschäft» gehört, will er gleich reihenweise abtosseln. Trotz Rekordumsätzen.

Vorerst sucht er Käufer für die Fachmärkte Melectronics und SportX, für das Reiseunternehmen Hotelplan und den Kosmetikhersteller Mibelle. Unsicher ist auch die Zukunft von Do It + Garden, Obi, Micasa und Bike World: sie werden «einer eingehenden Prüfung unterzogen», so die Migros. Klar ist: Auf die 98000 Mitarbeitenden des Dutti-Konzerns kommen unsichere Zeiten zu.

«Das Ausmass des Abbaus hat viele schockiert.»

ANNE RUBIN, UNIA

der Unia: «Viele unserer Mitglieder sind schockiert über das Ausmass. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die massgeblich zum Erfolg beitragen, noch einmal die Hauptlast einer undurchsichtigen Strategie tragen sollen!» Die Unia fordert, dass die Migros zumindest keine Kündigungen ausspricht.

In der Medienmitteilung schreibt der Konzern nur, er wolle «Kündigungen mög-

lich vermeiden». Und lobt sich gleich selber: Die Migros sei eine «soziale Arbeitgeberin». Wirklich?

Zwar hat die Migros einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Neben den Läden gilt er für einige Tochtergesellschaften, nicht aber für Denner, Digitec Galaxus, Migros Online und viele andere im Migros-Universum. Töchter, die jetzt verkauft werden, fallen nach Ablauf eines Jahres aus dem Migros-GAV. Es scheint wahrscheinlich, dass die neuen Besitzer weitere Stellen abbauen werden. Und eine Zusicherung, dass nach den Verkäufen die Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden, hat die Migros bisher nicht gegeben.

NUR DIE BRAVEN SIND TOLERIERT

Mehr noch: Dem Migros-GAV fehlt eine unabhängige Gewerkschaft, die Verkäuferinnen und Verkäufer vertritt. Vertragspartner sind neben der Migros nur der Kaufmännische Verband, der Metzgereipersonal-Verband und die hauseigene Migros-Landeskommission. Alles Körperschaften, die nicht gerade mit offensiven Positionen auffallen. Mit der Unia, der grössten Gewerkschaft der Schweiz und stark im Detailhandel, will die Migros dagegen nicht verhandeln. Und zwar seit mehr als 20 Jahren. Im Rückblick:

Fragwürdiger Rausschmiss: Bevor die Unia entstand, war die Gewerkschaft VHTL während 30 Jahren Teil des Migros-GAV. Doch als der VHTL entschied, sich der Unia anzuschliessen, schmiss ihn die Migros 2003 aus dem Vertrag.

Maulkorb: 2004 liess sich die Migros trotzdem zu Verhandlungen mit der neuen Unia herab.

Man fand einen Kompromiss, beide Seiten stimmten zu. Doch nachträglich verlangte die Migros, dass die Vertragspartner auf jegliche öffentliche Auseinandersetzung verzichteten. Ein Maulkorb, den die Unia nicht akzeptieren konnte.

Immer wieder versuchte die Migros, der Unia Hausverbot zu erteilen.

Man fand einen Kompromiss, beide Seiten stimmten zu. Doch nachträglich verlangte die Migros, dass die Vertragspartner auf jegliche öffentliche Auseinandersetzung verzichteten. Ein Maulkorb, den die Unia nicht akzeptieren konnte.

Nein, nein, nein: Die Unia gab nicht auf und stellte immer wieder Anträge, Partnerin im Migros-Vertrag zu werden. Zuletzt 2019. Die Migros lehnte immer ab.

Funkstille: Im Mai 2023 übernahm Mario Irminger den Migros-Chefposten. Die Unia schlug ein Treffen vor, um sich gegenseitig kennenzulernen. So wie es auch mit seinen Vorgängern stattgefunden hatte. Doch diesmal gab es keinerlei Reaktion.

Absage: Gerüchte um den bevorstehenden Stellenabbau verunsicherten Ende letzten Jahres viele Unia-Mitglieder. Erneut bat Unia-Frau Rubin um ein klärendes Treffen mit den orangen Verantwortlichen. Die lehnten ab.

NICHT ERNST GENOMMEN

Anne Rubin weiss: Viele Unia-Mitglieder in der Migros fühlen sich nicht mehr ernst genommen von ihrem Arbeitgeber. «Sie haben die Unia gewählt, um ihre Interessen zu vertreten. Sie verstehen nicht, dass die Migros dieses Recht missachtet.»

Mischkonzern Migros Was nicht rentiert, muss weg

Hotelferien und Hörgeräte, Arztpraxen und eine Bergbahn: Das Migros-Universum bleibt unübersichtlich.

CHRISTIAN EGG

Migrolino, Migros-Klubschule, Migrol-Tankstellen: Klar, die gehören zur Migros. Denner und Ex Libris ebenfalls. Aber das ist längst nicht alles. Aktuell gehören rund 50 Unternehmen zur Migros-Gruppe. Jahrzehntlang griffen die Dutti-Erben zu, wenn sich die Gelegenheit zur Expansion ergab. Sie lancierten neue Ladenketten und machten sich im Gastgewerbe breit. So sehr, dass sie vor zehn Jahren mit über 300 Restaurants

Zum Migros-Portfolio zählen auch 13 000 Wohnungen, darunter auch Luxusobjekte, sowie 6 Golfplätze.

die Nummer eins in der Schweizer Gastronomie waren.

Doch gegen Ende der 2010er Jahre geriet die Migros unter Druck. Die Konkurrenten Coop, Aldi und Lidl gewannen an Terrain, offensichtlich kamen sie besser mit den neuen Herausforderungen Onlinehandel und Einkaufstourismus zurecht. Innerhalb von fünf Jahren sackte der Reingewinn auf die Hälfte zusammen. Die Migros-Spitze entschied: Was nicht rentiert, muss weg. Als erstes wurde 2018 Office World verkauft, 2019 folgten Interio und Depot. Auch die knapp 10 Jahre zuvor von der Migros selber gegründete Tochter M-Way (Elektrobikes) kam unter den Hammer.

Noch härter traf es die Müller-Reformhäuser, an denen die Migros mit 40 Prozent beteiligt war: 2023 ging die Firma konkurs. Abspecken musste auch die Gastronomie, Ketten wie Cha Cha oder Chickeria wurden eingestampft. Die Zahl der Restaurants sank von 300 auf knapp 230.

Jetzt also die nächste Verkaufswelle. Sie trifft nicht mehr zugekaufte Firmen, sondern Zweige, die die Migros



EIN M WENIGER: Hotelplan steht auf der Migros-Verkaufsliste. FOTO: KEYSTONE

selbst aufgebaut hat. Darunter Hotelplan, 1935 von Übervater Gottlieb Duttweiler mit dem Versprechen gegründet, Leuten aus einfachen Verhältnissen erstmals überhaupt Ferien erschwinglich zu machen.

Und trotzdem: Der Migros-Konzern bleibt gigantisch und unübersichtlich. Dazu gehören der mit Abstand grösste Onlinehändler der Schweiz, Digitec Galaxus, 6 Industriebetriebe mit Vertriebsfirmen bis nach China, Activ Fitness mit 121 Studios, aber auch die Bergbahn auf den Monte Generoso. Über Tochterfirmen gehören der Migros weiter: 55 medizinische Zentren von Medbase, 40 Topwell-Apotheken, die Versandapotheke Zur Rose und 25 Miseno-Läden (Brillen und Hörgeräte).

Ebenfalls im Portfolio: 13 000 Wohnungen, darunter auch Luxusobjekte, 6 Golfplätze, 4 Erholungsparks, ein Forschungsinstitut. Eine Kochzeitschrift und das Migros-Magazin, zweitgrösste Wochenzeitschrift der Schweiz. Und nicht zu vergessen: die Migros-Bank.

Illegale Medikamententests: Novartis steuert zu den Entschädigungszahlungen bei Eine milde Gabe vom Pharmariesen

Novartis zahlt vier Millionen Franken an die Opfer von Medikamentenversuchen in Münsterlingen TG. Bei einem Jahresgewinn von 8,6 Milliarden wird dies dem Basler Pharmakonzern nicht wehtun.

IWAN SCHAUWECKER

Die Psychiatrie Münsterlingen TG testete während mehrerer Jahrzehnte während mehrerer Jahrzehnte Medikamente an Patientinnen und Patienten. Und dies ohne deren Wissen. Federführend bei den Versuchen war Klinikdirektor Roland Kuhn, der die Tests zwischen 1946 und 1980 in Zusammenarbeit mit der damaligen J.R.Geigy AG Basel (später Ciba-Geigy, heute Novartis) durchführte. In dieser Zeit wurden mindestens 67 nicht zugelassene Medikamente an insgesamt etwa 3000 Patientinnen und Patienten getestet. Darunter auch Kinder, Jugendliche sowie Schwerst- und Chronischkranke. Das haben Forschende der Universität Zürich im Auftrag des Kantons Thurgau herausgefunden.

25 000 FRANKEN PRO PERSON

Zehn Jahre nach der Aufdeckung des Skandals hat der Kanton Thurgau jetzt ein Gesetz zur Entschädigung der Opfer ausgearbeitet. Jedes Opfer der Medikamen-



KERZEN EINSTECKEN UND PILLEN SCHLUCKEN: Psychiatriepatienten in Münsterlingen TG. FOTO: URS OSKAR KELLER

tenversuche hat Anspruch auf 25000 Franken Entschädigung. Der Kanton Thurgau hat in Verhandlungen mit Novartis erreicht, dass der Pharmakonzern sich «freiwillig» mit vier Millionen an den Kosten beteiligt. Das Kantonsparlament muss dem Gesetz noch zustimmen. Betroffene könnten dann ihr Gesuch für einen «Solidaritätsbeitrag» zwischen 2025 und 2028 stellen. Der Kanton rechnet damit, dass sich 500 Personen melden werden.

Walter Emmisberger (67) ist eines dieser Opfer. Er war zum

Zeitpunkt der Tests 11 Jahre alt. Seine Hartnäckigkeit und seine Nachforschungen haben zusammen mit den Berichten im «Beobachter» mitgeholfen, den politischen Druck zur Entschädigung der Opfer aufzubauen. Emmis-

Gegen 70 Medikamente wurden an etwa 3000 Menschen erprobt.

berger kam im Jahr 1956 im Gefängnis als Sohn einer administrativ versorgten Mutter zur

Welt. Kurz nach der Geburt wurde er seiner Mutter weggenommen, lebte im Kinderheim und bei Pflegeeltern. Der Pfarrer von Münsterlingen brachte ihn zwischen 1967 und 1969 zur ambulanten Behandlung in die psychiatrische Klinik. Dort wurde er als «Schwererziehbarer» behandelt. Die Klinik testete an Emmisberger verschiedenste «Ciba-Mittel», die Novartis heute zum Teil noch als Psychopharmaka und Antidepressiva verkauft.

In seinen Klinikakten fand Emmisberger Sätze wie «Man hat

aber doch den Eindruck, dass er einfach noch mehr Medikamente nehmen sollte» oder «Wir haben das letzte Mal versucht, das Ciba-Mittel noch zu steigern, dies war



OPFER: Walter Emmisberger. FOTO: SRF

aber nicht möglich, der Knabe beginnt so sehr zu zittern, dass er nicht mehr recht schreiben kann (...).

RICHTLINIEN NICHT BEACHTET

Emmisbergers Therapie, so schreibt die «Süddeutsche Zeitung», sei ein planloses Herumprobieren gewesen. Dies, obwohl zu dieser Zeit in der Schweiz bereits Richtlinien für Medikamentenversuche an Menschen existierten. Doch Klinikdirektor Kuhn kümmerten diese Vorgaben nicht, er empfand sie vielmehr als hinderlich für seine Experimente und die Forschung. Professor Kuhn starb 2005 und galt als Entdecker des ersten Schweizer Antidepressivums. In einer Stellungnahme gegenüber SRF schreibt Novartis: «Die Zusammenarbeit mit Prof. Kuhn führte zu wichtigen Erkenntnissen (...), die für die zukünftige Behandlung von Patientinnen und Patienten wertvoll waren.»

NOVARTIS IM PROFIT-FIEBER

Novartis-Chef Vas Narasimhan hat im vergangenen Jahr beinahe doppelt so viel garniert wie im Vorjahr. Insgesamt sackte er 16,2 Millionen Franken ein. 2022 waren es noch 8,5 Millionen Franken. Die gesamte Novartis-Geschäftsleitung erhielt 2023 eine «Gesamtentschädigung» von 63,5 Millionen Franken. Das Rekordergebnis im Jahr 2023 wird von einer Entlassungswelle begleitet. 2022 kündigte Novartis die Streichung von weltweit 8000 Stellen bis 2025 an, 1400 davon in der Schweiz.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Drohnen und fliegende Untertassen: Mörderische Waffen für den Krieg. Und Jets für die Reichen.

Der Himmel hängt voller Gefahren. Dank künstlicher Intelligenz sollen türkische Kampfdrohnen ihre Ziele maschinengesteuert vernichten, wenn der Kontakt per Funk abbricht. Andererseits versuchen Unternehmen, weltweit fliegende Untertassen für die Stinkreichen zu entwickeln. So oder so ist Abrüsten notwendig, bevor zu vieles ausser Kontrolle gerät.

«Dual-Use» bedeutet: Das gleiche Produkt kann sowohl zivil wie militärisch genutzt werden. Drohnen kontrollieren das Wachstum des Unkrauts auf den Feldern. Oder vernichten – leicht umgerüstet – die gegnerischen Soldaten in ihren Schützengräben.

Drohnen machen asymmetrische Kriege unberechenbarer. Die Huthis in Jemen legen ohne eigene Luftwaffe zurzeit den Suezkanal lahm. Die USA und Grossbritannien bombardieren ihrerseits die von den Rebellen kontrollierten Teile von Jemen. Bisher erfolglos. Droht uns ein grosser Krieg im Nahen Osten? Es ist leider nicht auszuschliessen.

KAMPFDROHNEN. Der Ex-Befehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Waleri Saluschni, wollte schwergewichtig auf Drohnen setzen, die in der Ukraine selbst produziert werden. Dies im Gegensatz zum ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski. Zwischen den beiden tobte ein Kampf der Konzepte, ein Kampf um die Macht. Gewonnen hat der Präsident. Vorläufig.

Das Start-up Destinus in Yverdon produziert derzeit Hunderte von Kampfdrohnen für die Ukraine. Und die neusten türkischen Drohnen sollen, wenn der Funkkontakt abbricht, dank künstlicher Intelligenz maschinengesteuert ihre Ziele vernichten. Solche

Ziele sind meistens Menschen wie wir. Deshalb muss es allen von uns eher Friedfertigen angesichts dieser technischen Entwicklungen schwarz vor den Augen werden. Umso mehr, als dass es zurzeit an einer kraftvollen Friedensbewegung fehlt, die Abrüstung fordert.

FLIEGENDE UNTERTASSEN. Szenenwechsel: Weltweit versuchen mehr als hundert Unternehmen, fliegende Untertassen für die Reichen und die Stinkreichen zu entwickeln. Die Dinger sollen elektrisch angetrieben werden sowie senkrecht starten und landen können.

Die Nase vorne hat zurzeit, wenn nicht alles täuscht, das deutsche Luftfahrtunternehmen Lilium, an dem sich neu auch die Lufthansa, die Mutter der Swiss, beteiligt. Neu will das Unternehmen Maschinen mit sechs Passagiersitzen auf den Markt bringen. Die potenten Investoren versprechen allen Interessierten das Blaue vom Himmel:

- Ein Lilium-Jet mit total sieben Sitzen verfügt über eine 1500 Kilo schwere Batterie. Mit dieser sollen die Flitzer mehr als 200 Kilometer weit fliegen können. Und dies mit einer Reisegeschwindigkeit von 300 Kilometern pro Stunde.
- Beim Starten und Landen machen die Maschinen viel Lärm. Aber wenn sie einmal ihre Flughöhe erreicht haben, soll nur mehr ein leises Schnurren hörbar sein.
- Die Maschinen seien für 2,3 Millionen zu kaufen. Ein Schnäppchen für die Reichen und Superreichen, die für ihre Chalets in Verbier VS und ihre Yachten zehn- bis hundertmal mehr ausgeben.
- Der Preis pro Personenkilometer einer vollbesetzten Maschine soll in den USA nur 1.10 Franken betragen. Das Ziel: schneller und billiger von der City zum Flughafen sein als mit dem Taxi.



ABGEHOBEN: Elektrische Lufttaxis von Lilium, Preis: über zwei Millionen Franken pro Stück. FOTO: LILIUM

- Die Zulassung der Maschinen in den USA soll bereits Ende 2025 erfolgen. Mittelfristig will Lilium zudem grössere Jets mit 16 Sitzplätzen bauen, die sich selbststeuernd ohne Pilotinnen und Piloten durch den Luftraum bewegen.

Verspricht Lilium zu viel Blaues vom Himmel? Vielleicht und vielleicht auch nicht. Wenn nicht, droht sich vieles zu verändern: Von Genf aus wären die Britinnen und Amerikaner in 20 Minuten in Verbier. Von Zürich aus in 25 Minuten in Savognin GR. Und die Basler Bebbis in 15 Minuten in Bern. Die Flugminute würde pro Person 5 Franken kosten.

Das wird in der Schweiz dank der direkten Demokratie politisch nicht gehen. Nur wenige von uns wünschen sich einen Himmel voller fliegender Untertassen. Übrigens: In

Paris haben die Stimmberechtigten gerade entschieden, dass der Parkplatz für einen SUV pro Stunde 18 Euro kosten soll. Wenn das keine Blaupause ist!

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/liliumjet Wikipedia ist eine Fundgrube für Interessierte.
- rebrand.ly/destinus-e Der Destinus E aus Yverdon soll dank künstlicher Intelligenz bereits 2026 mit Überschallgeschwindigkeit 500 Kilobomben im Tiefflug bombensicher in jedes Ziel steuern.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Erste Zwischenbilanz: Wenn die Arbeitszeitverkürzung fruchtet

«Die letzten acht Monate waren der Hammer!»

Das Sportgeschäft Mondo Sport in Murten FR hat vor gut einem halben Jahr die 4-Tage-Woche eingeführt. Nun zieht Geschäftsführer Heinz Egger eine erfreuliche Zwischenbilanz.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Seit Juni arbeiten die Mitarbeitenden des Sportfachgeschäfts Mondo Sport in Murten FR nur noch am Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Ohne Lohneinbusse. Wie work bereits berichtete (rebrand.ly/mondo-sport), tüftelte Mondo-Chef Heinz Egger fast ein Jahr an der Arbeitszeitverkürzung. Im Juni wagten er und sein Team den mutigen Schritt. Jetzt zieht Egger eine erste Bilanz: «Die letzten acht Monate waren der Hammer! Wir sind trotz dürrer Skisaison wahnsinnig gut unterwegs und erzielen ausserordentliche Monatsumsätze.»

Die Kundschaft hat die Arbeitszeitverkürzung kaum gespürt. Denn: Geschlossen war das Sportgeschäft neu immer donnerstags, dem verkaufsschwächsten Tag. «Mein Team ist jetzt besser ausgelastet, die Kundschaft kommt konzentrierter, und so kommt es selten zu Leerräumen.» Natürlich kam die Arbeitszeitverkürzung auch bei den Mitarbeitenden sehr gut an. Das Personal sei motivierter und erholter. Die verkürzte Arbeitszeit wirkt sich laut Egger auch positiv auf offene Stellen aus. «Mittlerweile können wir bei offenen Stellen sogar wählen, wen wir anstellen wollen. Für den Detailhandel ist das alles andere

als selbstverständlich», sagt er. Diese Entwicklung sei wichtig, denn Mondo Sport braucht Fachpersonal, das sich im Bereich Sport bestens auskennt.

So sind auch die Lehrstellen für dieses und nächstes Jahr bereits vergeben. Denn auch die Lernenden profitieren von kürzeren Arbeitszeiten. «Donnerstags ist unser Büro weiterhin besetzt, wo Lernende beschäftigt werden und sich so mehr Wissen hinter den Kulissen aneignen. Nachmittags haben sie dann Zeit zum Lernen oder für Sport.»

OB SPORTGESCHÄFT ODER ELEKTRO-BUDE

Doch der Pioniergeist von Egger bleibt eine Ausnahme, besonders im Detailhandel. Er tauscht sich regelmässig mit anderen Geschäftsleitungen aus, und er merkt: «Andere Sportgeschäfte sind nicht bereit, diesen Schritt zu wagen. Die 4-Tage-Woche braucht viel Mut und Fleiss.» Viele Faktoren müssen stimmen: ein eingespieltes Team, ein gutes Konzept und von allen einen extra Effort an den Verkaufstagen.

Ein weiteres Beispiel für die Verkürzung der Arbeitszeit ist die SH Elektro in Spiez. Seit Sommer 2022 arbeiten die Mitarbeitenden 35 Stunden die Woche zum gleichbleibenden Lohn. Wegen Personalmangels reduzierte auch der Haustechnikbetrieb Spuag die Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden, verteilt auf vier Tage die Woche. Durch diese Reduzierung, die knapp seit einem Jahr in Kraft ist, konnten sie neue Mitarbeitende gewinnen.

Auch die Lernenden profitieren von den kürzeren Arbeitszeiten.



MUTIGER SCHRITT: Mondo-Sport-Chef Heinz Egger schätzt die positiven Folgen der Arbeitszeitverkürzung: Keine Probleme bei der Personalrekrutierung, motivierte und erholte Mitarbeitende. FOTO: MARCO ZANONI

Das Manifest zur Forderung nach Arbeitszeitverkürzung: «Mehr Zeit zum Leben!»

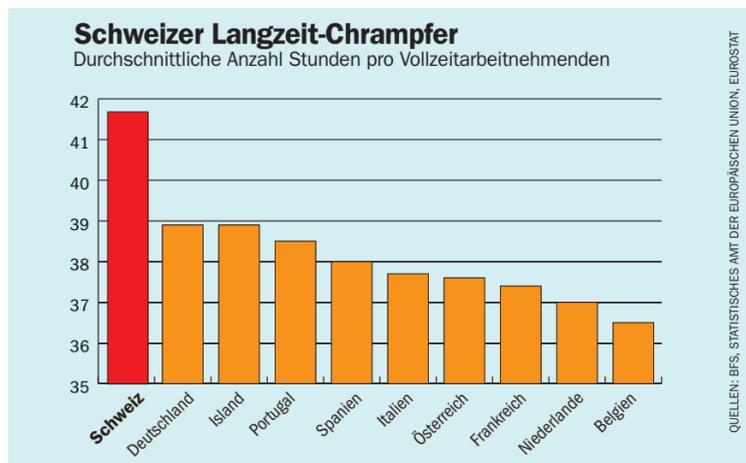
Die Schweiz hinkt hintennach

Kürzere Wochenarbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn ist ein wichtiges Anliegen der Gewerkschaften. Die Unia fordert die Arbeitszeitverkürzung in einem Manifest und sammelt dafür Unterschriften.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Mit durchschnittlich 41,7 Arbeitsstunden pro Woche arbeiten Vollzeitangestellte in der Schweiz am längsten in Europa (siehe Grafik). Und viele arbeiten noch viel mehr, denn das Gesetz erlaubt je nach Beruf Arbeitswochen bis zu 50 Stunden. Deshalb rief die Unia das Manifest «Mehr Zeit zum Leben – Arbeit neu denken» ins Leben. Damit will sie gegen die überlangen Arbeitszeiten kämpfen. Das Manifest ist hier zu finden: rebrand.ly/Manifest-Arbeitszeit.

Die Reduktion der Arbeitszeit ist schon lange fällig und ein urgewerkschaftliches Anliegen. Denn die Erwerbsarbeit ist immer häufiger mit Druck und Stress verbunden. Im Jahr 2022 haben die Erwerbstätigen in der Schweiz rund 8000 Milliarden Arbeitsstunden



geleistet. Pro vollzeitangestellter Person gerechnet, wird nirgends in Europa so viel gearbeitet. Das zeigt: Die Nachbarländer sind uns bei der Arbeitszeitverkürzung bereits grosse Schritte voraus.

WO KÜRZER GEBÜEZT WIRD. In Frankreich beispielsweise gilt seit über 20 Jahren eine gesetzliche Wochenarbeits-

zeit von 35 Stunden. Die Idee: an fünf Tagen die Woche 7 Stunden zu arbeiten. Auch in Deutschland werden die Arbeitsstunden gekürzt. In den Tarifverhandlungen im vergangenen Jahr forderte die Gewerkschaft IG Metall für die nordwestdeutsche Eisen- und Stahlindustrie eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. In den Verhand-

lungen erzielte die Gewerkschaft neben stabilen Lohnerhöhungen auch die Einführung der kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit. Heisst: Die Wochenarbeitszeit von 32 Stunden konnte trotz Streiks nicht generell reduziert

werden, doch die Angestellten in der Branche können kollektiv über eine Arbeitszeitreduzierung bestimmen, wenn sich alle Betriebsparteien darüber einig sind.

Unser Gesetz erlaubt noch Arbeitswochen bis 50 Stunden.

In Österreich gilt seit Januar 2022 eine Wochenarbeitszeit von 37 Stunden im privaten Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich. In Island haben 86 Prozent der gesamten isländischen Bevölkerung ein Recht auf kürzere Arbeitszeiten. Und in Grossbritannien experimentierten 66 Unternehmen mit der Einführung einer 4-Tage-Woche. Die Ergebnisse fielen so positiv aus, dass sich die Mehrheit dazu entschied, die kürzere Woche weiterzuführen.

CARE-ARBEIT

434 MILLIARDEN FRANKEN WERT

Die Kinder betreuen, Hausarbeit erledigen, pflegebedürftige Personen in der Familie unterstützen – diese Arbeit bleibt in den meisten Fällen an den Frauen hängen. Das ist viel Arbeit und zudem unbezahlt. Die notwendige Familienarbeit kann neben einem Schweizer Vollzeitpensum gar nicht geleistet werden. Oft fehlt es zudem an Kitas und familiengerechten Arbeitsmodellen.

GERECHTERE VERTEILUNG. Oft gilt eine Teilzeitanstellung der Frau als Lösung. Dabei sind die Folgen von Teilzeitarbeit für Frauen schwerwiegend: tiefe Löhne und Renten, keine Karrierechancen und fehlende Gleichstellung in den Betrieben. Ökonom Hans Baumann erklärt im work (rebrand.ly/care-arbeit-bedeutung): ohne unbezahlte Care-Arbeit keine Gesellschaft. Denn der Wert der Care-Arbeit betrug im Jahr 2020 stattliche 434 Milliarden Franken. Ohne diese Gratisarbeit würde unsere Gesellschaft vor massiven Problemen stehen. Deshalb fordert die Unia: «Wir brauchen eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit für mehr Gleichstellung und für eine gerechtere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit.»



Die «Renteninitiative» ist eine Mogelpackung Gefährlicher Pfuscher der Jungfreisinnigen



Einen guten Ruhestand soll es nur noch für Reiche geben. Alle anderen sollen chrapfen bis zum Umfallen. Das wollen die Jungfreisinnigen mit ihrer Initiative erreichen. Sie verdienen eine wichtige Abfuhr.

CLEMENS STUDER

Die Jungfreisinnigen sind sehr traditionsbewusst. Ihre Initiative steht in der jahrzehntealten Tradition der Grossbanken und Versicherungen. Darum werden sie auch von diesen finanziert. Ihre Absicht: die AHV schwächen und den Finanzkonzernen noch mehr Geld zuschaufeln. Nur Reiche sollen sich noch einen guten Ruhestand leisten können. Und alle anderen sollen mehr oder weniger bis zum Umfallen chrapfen.

Die Realität für die riesige Mehrheit der Arbeitnehmenden im Land ist die Jungfreisinnigen und ihren Unterstützern egal. Sie sieht so aus:

- Ältere Arbeitnehmende haben immer grössere Mühe auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere Arbeitnehmende im Alter von 60 bis 64 Jahren. In dieser Altersklasse ist die Arbeitslosigkeit am grössten. Ältere Arbeitnehmende haben Schwierigkeiten, wieder eine Stelle zu finden, unabhängig von ihren Qualifikationen und Lohnvorstellungen. Eine Erhöhung des Rentenalters treibt mehr Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit und die Sozialhilfe. Das

zeigt ein Blick in Länder, die dieses marktradikale Konzept anwenden.

- Das gesetzliche festgelegte Rentenalter ist für die meisten Lohnabhängigen das Referenzalter für die Pensionierung. Wird es erhöht, müssen alle länger arbeiten. Oder jedenfalls fast alle, denn:
- Wer es sich leisten kann, geht schon heute früher in Rente. Leisten können sich das nur Leute mit hohen und sehr hohen

Ein höheres Rentenalter treibt mehr Menschen in die Langzeitarbeitslosigkeit.

Löhnen. Besonders hoch ist die Frühpensionsquote bei Banken und Versicherungen. Also gerade bei jenen, die uns andere immer länger arbeiten lassen wollen.

- Die Statistiken zeigen klar: wer mehr verdient, lebt auch länger. Wer seine Muskeln vom harten Arbeiten hat und nicht aus dem Fitnesscenter, ist irgendwann am Ende seiner Kräfte.

ANGRIFF AUF FAR

Zum Beispiel auf dem Bau: Seit gut 20 Jahren gibt es auf dem Bau den flexiblen Altersrücktritt (FAR). Die Bauleute haben sich den FAR erkämpft, weil sie oft körperlich belastende und gefährliche Arbeitsbedingungen haben. Seit 2003 konnten bereits über

28 000 Bauleute mit 60 in Rente gehen. Sie erhalten bis zur ordentlichen Pensionierung eine Überbrückungsrente von rund 70 Prozent des letzten Lohnes. Finanziert wird diese – wie die AHV – im Umlageverfahren mit Lohnprozents. Der FAR ist – ebenfalls wie die AHV – ein Erfolgsmodell. Und das ist von der Renteninitiative massiv bedroht. Denn würde nach einem Ja das Rentenalter sofort auf 66 Jahre und später auf 67, 68 oder noch mehr Jahre angehoben werden, stiege automatisch auch das Alter für die Frühpensionierung auf 61, 62, 63 oder gar noch höher. Denn der FAR finanziert maximal fünf Jahre vor dem ordentlichen Pensionierungsalter.

RENTENALTER 71

Vor der Einführung des FAR erlebte nur gerade einer von fünf Bauarbeitern die ordentliche Pensionierung. Zwei Fünftel mussten sich einen Job in einer anderen Branche suchen, ein Fünftel landete in der IV – und 20 Prozent starben vor dem Erreichen des AHV-Alters. Dahin wollen die Jungfreisinnigen zurück. Sie behaupten, das sei nötig für gesunde AHV-Finanzen. Ein grosser Unsinn, wie der Realitätscheck zeigt: Hätte in den vergangenen 50 Jahren gegolten, was die Jungfreisinnigen jetzt fordern, läge das Rentenalter heute bei 71. Dabei schreibt die AHV zurzeit bei einem Rentenalter von 65 Jahren Milliardenüberschüsse.

«Dieser Rentenraub muss sofort gestoppt werden!»

Jungallianz sagt NEIN zur Renteninitiative

Eine Allianz junger Menschen zeigt Haltung: Am 3. März stimmen sie Nein zur Renteninitiative der Jungfreisinnigen. Denn die direkte Folge der Initiative ist nicht wie versprochen «eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge», sondern sie ebnet den Weg, um das Rentenalter immer weiter zu erhöhen. Die Gewerkschaftsjugend, die Jungparteien Juso und Junge Grüne sowie Aktivistinnen und Aktivistinnen des feministischen Streiks und der Klimajugend schliessen sich zusammen, um sich für ihre Zukunft und ihre Rechte einzusetzen.

Félicia Fasel, Unia-Jugend-Sekretärin und Präsidentin der SGB-Jugendkomis-

sion, sagt: «Die Jungfreisinnigen ignorieren schlicht die Realitäten des Arbeitsmarktes. Wir dürfen unsere Gesundheit nicht für eine überflüssige und schädliche Initiative aufs Spiel setzen!»

RENTENRÄUBER

Erst im September 2022 wurde mit der Initiative «AHV 21» das Rentenalter für die Frauen erhöht. Seit Januar gilt: Frauen müssen bis 65 arbeiten. Schon damals warnen die Gewerkschaften im Abstimmungskampf vor weiteren Erhöhungen des Rentenalters durch die bürgerlichen Parteien. Diese Warnungen wurden aber als Panikmache abgetan. Und nun steht das Schweizer Volk vor



JUNGALLIANZ: Klares Nein zum höheren Rentenalter. FOTO: ZVG

einer weiteren potentiellen Erhöhung. Eine schwerwiegende Änderung, die alle betrifft. Auch jene, die am 3. März nicht darüber abstimmen können, weil ihnen der Schweizer Pass dazu fehlt.

Laut Jungallianz können und wollen Arbeiterinnen

und Arbeiter auf dem Bau, im Nahverkehr, bei der Zulieferung oder in der Pflege nicht noch länger arbeiten. So machen sie klar: «Eine Erhöhung des Rentenalters wäre nicht nur gesundheitsgefährdend, sondern auch unsolidarisch.»

Nicola Siegrist, Präsident der Juso Schweiz, sagt: «Die Rentenräuber der Jungfreisinnigen und der Jungen SVP müssen gestoppt werden.» Denn ein würdiges Leben im Alter soll kein Privileg für Reiche sein. Die Allianz macht sich auch stark für die 13. AHV-Rente. Magdalena Erni, Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz: «Die AHV ist die solidarischste Säule unserer Vorsorge!» (dak)

Abstimmung: Unia -Präsidentin Vania Alleva zur Initiative AHV x13:

«Die 13. AHV-Rente ist nicht für Luxus, sondern fürs Leben»



MIT KÄMPFERISCHER ZUVERSICHT: «Der Zspruch ist gross, aber die Gegner führen eine Angstkampagne», sagt Vania Alleva. «Da müssen wir Gegensteuer geben.» FOTOS: GAETAN BALLY



Warum die AHV schlicht genial ist, was sie an den Argumenten gegen die Initiative für eine 13. AHV-Rente am meisten ärgert und wieso die AHV der Finanzbranche ein Dorn im Auge ist: Unia-Präsidentin Vania Alleva im grossen work-Interview.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Vania Alleva, Sie sind zurzeit fast jeden Tag für die Initiative AHV x13 unterwegs. Wie ist die Stimmung auf der Strasse und in den Betrieben?

Vania Alleva: In den Gewerkschaftsversammlungen ist die Zustimmung hoch. Auch auf der Strasse. Viele Leute sagen mir: «Endlich kommt eine Erleichterung für die Pensionierten!» Oder: «Diese Stärkung der AHV ist so nötig.» Was ich auch höre: «Ich bin sonst nicht unbedingt auf der Seite der Gewerkschaften, aber diese Initiative ist richtig und wichtig.» Klar ist: In den letzten zwei Jahren haben Teuerung und gestiegene Krankenkassenprämien eine ganze Monatsrente weggefressen. Das spüren die Leute.

Welche Begegnungen sind Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Was mich sehr betroffen gemacht hat, ist die Reaktion vieler Frauen. Sie sagten mir, sie würden einfach nicht mehr über die Runden kommen. Frauen aus der Mittelschicht, die sich nie beklagen würden, die aber trotzdem sehr froh wären über eine etwas höhere Rente. Nicht für Luxus, sondern fürs Leben. Ein älterer Mann hat mir etwas verschämt gesagt, eine 13. AHV würde ihm schon sehr helfen. Aber er wolle den Grosskindern nicht zur Last fallen. Als ich ihm dann erklärte, dass die Initiative für die Jungen durchaus verkraftbar sei und sie ja später auch

davon profitieren würden, war er richtiggehend erleichtert.

Und da war die Hebamme, Mitte 40, zwei Kinder, alleinerziehend. Zuerst sagte sie mir, dass sie Nein stimmen werde. Weil das eh nichts bringe. Viele ihrer Hebammen-Kolleginnen müssten nach der Pensionierung weiterarbeiten, weil sie nur sehr kleine Renten aus der Pensionkasse erhielten. Wir sprachen dann darüber, dass die 13. Rente gerade Frauen wie sie und ihre Kolleginnen gezielt entlasten würde. Ich glaube, sie wird jetzt am 3. März ein Ja in die Urne legen.

Bürgerliche Frauen bis weit in die politische Mitte wollen die AHV schwächen. Dabei ist sie für Frauen besonders wichtig...

Genau. Ein Drittel der Frauen hat nur die AHV, also keine Rente aus der Pensionkasse, schon gar nicht aus der dritten Säule. Weil viele ihre Erwerbstätigkeit für die Betreuung der Kinder unterbrechen oder nur Teilzeit arbeiten können. Die AHV ist die einzige Versicherung, die diese unbezahlte Arbeit über die Betreuungsgutschriften anrechnet. AHV x13 würde die Renten per sofort um 8,3 Prozent erhöhen. Für alle, aber insbesondere für die Frauen ist das eine spürbare Verbesserung. Und das nicht erst in dreissig Jahren, sondern ab 2026.

Für junge Menschen ist die Pensionierung noch weit weg. Viele vertrauen nicht mehr darauf, dass sie dereinst eine gute Rente haben werden. Was sagen Sie ihnen?

Ich hatte den Eindruck, dass die Jungen durchaus für die AHV x13-Initiative sind. Weil sie wissen, dass auch sie eines Tages davon profitieren werden.

Und was sagen Sie jenen, die die Initiative kritisch sehen?

Unsere AHV ist dank dem Umlageverfahren das stabilste, effizienteste und kostengünstigste Altersvorsorge-System. Sie ist solide aufgestellt, hat eine Rekordreserve von 50 Milliarden Franken. Diese Reserven werden bis 2030 anwachsen auf 70 Milliarden. Die prognostizierten Überschüsse für dieses Jahr betragen 3,5 Milliarden Franken. Die zusätzliche AHV-Rente wird

dagegen 4,1 Milliarden kosten. Kurz: wir können uns die 13. Rente leisten. Und um die Finanzierung längerfristig sicherzustellen, würde eine Erhöhung der Lohnabgaben um 0,4 Prozent reichen. Das heisst konkret: ein Elektriker mit einem Lohn von 6000 Franken würde pro Monat 24 Franken mehr in die AHV zahlen. Dafür erhält er 186 Franken mehr Rente pro Monat. Dieses hohe Kosten-Nutzen-Verhältnis gibt es in keiner anderen Sozialversicherung.

«Wenn die AHV x13 nicht kommt, wird es nichts geben. Die Zeichen stehen auf Sozialabbau.»

VANIA ALLEVA, UNIA-PRÄSIDENTIN

Dadurch, dass die Kaufkraft der Renten sinkt, und angesichts der Tatsache, dass die Renten aus den Pensionskassen im Sinkflug sind, gibt es eine Rentenlücke. Das geben sogar Banken und Versicherungen unumwunden zu. Deshalb machen sie auch so viel Werbung für die dritte Säule, also für das individuelle Sparen. Nur: Diese kostet drei- bis viermal mehr, und viele können sie sich gar nicht leisten. Und mit der AHV lässt sich halt kein Profit machen. Deshalb ist sie der Finanzbranche ein Dorn im Auge.

Die Gegenseite spricht häufig davon, dass es für ärmere Rentnerinnen und Rentner die Ergänzungsleistungen (EL) gebe und hier gezielt investiert werden müsse.

Das ist ein schlechter Witz. Denn die rechten und bürgerlichen Parteien haben 2019 eine EL-Revision beschlossen. So dass seit Anfang Jahr rund 70 000 Rentnerinnen und Rentnern die EL gekürzt oder gar gestrichen wurden! Ich möchte klarstellen: Nicht nur die Ärmsten brauchen mehr Rente. Die AHV- und die BVG-Rente zusammen müssen das gewohnte Leben ermöglichen. Die AHV muss existenzsicher sein. Das verlangt die Bundesverfassung. Doch für viele Menschen, insbesondere viele Frauen, ist sie das nicht. Deshalb braucht es die 13. AHV-Rente.

Aber im Parlament wurde doch eine Motion überreicht, die gezielt die tiefen

Renten erhöhen will. Wäre das eine Alternative zur 13. AHV-Rente?

Nein. Wenn die AHV x13 nicht kommt, dann wird es nichts geben. Das Parlament hat keinen Gegenvorschlag zu unserer Initiative gemacht. Jetzt, ein paar Wochen vor der Abstimmung, wurde eine Motion aus dem Hut gezaubert. Doch das sind leere Versprechen. Die Zeichen stehen auf Sozialabbau, denn das gleiche Parlament will auch die Witwenrenten und die Kinderrenten kürzen...

Die Gegnerinnen und Gegner scheinen nervös. Sie buttern über 3,5 Millionen Franken in die Gegenkampagne, fast doppelt so viel wie die Gewerkschaften. Welches ihrer Argumente ärgert Sie besonders?

Das ewige Schlechttreden der AHV. Immer diese Untergangsszenarien! Kürzlich habe ich eine 10-vor-10-Sendung von 1997 mit Peter Hasler vom Arbeitgeberverband gesehen: Unglaublich, schon damals Panikmache und Ruf nach Rentenaltererhöhung. Doch unsere AHV ist nicht untergegangen, der AHV geht es gut! Was die Gegenseite wirklich stört, ist das geniale Umlageverfahren: Das ist ihnen ein Dorn im Auge. Weil es sozial ausgleicht. Dabei ist die AHV die stabilste aller Sozialversicherungen. Jeder Franken ist rentenrelevant, denn an der AHV verdient die Versicherungs- und Finanzbranche nichts.

Was mich auch ärgert, ist das Schlechtmachen der Giesskanne. Denn die AHV-Giesskanne ist gut! Ohne Wasser spriesst nichts im Garten. Eine grosse Mehrheit profitiert von der AHV: 92 Prozent der Beitragszahlenden erhalten mehr, als sie eingezahlt haben. Finanziert wird dies mit den Lohnabzügen der Top-Verdienenden. Sie zahlen viel ein, aber ihre Maximalrenten sind gleich hoch wie die von Normalverdienenden. Zum Beispiel UBS-Chef Sergio Ermotti: Er würde für die 13. AHV 4400 Franken zusätzlich einzahlen. Dass er später einen AHV-Zuschlag von 204 Franken erhalten würde, fällt demgegenüber nicht ins Gewicht. Oder wie es AHV-Vater Hanspeter Tschudi gesagt hat: «Die Reichen brauchen keine AHV, aber die AHV braucht die Reichen.»

Am 3. März stimmen wir auch über die Rentenalter-Initiative der Jungfreisinnigen ab. Diese will, dass wir immer länger chrapfen. In einer Rede haben Sie diese Initiative als verlogen bezeichnet. Warum?

Weil sie uns glauben macht, wir könnten beliebig weiterarbeiten. Aber in der Realität sind die Arbeitnehmenden ab Mitte 50 extrem unter Druck auf dem Arbeitsmarkt. Wenn sie die Stelle verlieren, finden sie kaum mehr einen neuen Job. Oft müssen sie Abwertungen und Lohninbussen in Kauf nehmen. Kommt hinzu: Pflegerinnen, Verkäuferinnen oder Elektriker können gar nicht länger arbeiten, ihr Körper lässt es nicht zu. Das macht die Rentenalter-Initiative nicht nur verlogen, sondern sogar zynisch. Denn jene, die es sich leisten können, lassen sich heute bereits mit 60 oder 61 pensionieren. Und ausgerechnet die anderen, die Nicht-Privilegierten, die ihr ganzes Leben alles gegeben haben, sollen länger arbeiten.

Die Rentenalter-Initiative bedroht auch eine der grössten sozialen Errungenschaften der letzten Zeit, den flexiblen Altersrücktritt auf dem Bau und in einigen Gewerbebranchen. Damit stellt sie die Gesundheit von über 100 000 Arbeitnehmenden aufs Spiel. Vor der Einführung der Frühpensionierung auf dem Bau hat nur einer von fünf Baubüezern das ordentliche Rentenalter erreicht. Die anderen vier sind entweder gestorben, wurden invalid oder haben sich in anderen Jobs durchgehängt.

Die neuste SRG-Umfrage hat ergeben, dass 53 Prozent der Stimmberechtigten Nein sagen zur Rentenalter-Initiative der Jungfreisinnigen. Noch besser: 61 Prozent sagen Ja zur 13. AHV-Rente. Ist die Abstimmung schon gewonnen?

Nein! Der Zspruch ist gross, die Reaktionen sind sehr positiv. Aber die Abstimmung ist noch lange nicht gewonnen. Wir müssen weiter möglichst viele Leute von der Initiative überzeugen. Die 13. AHV wäre ein sozialpolitischer Fortschritt und ein wichtiger Schritt in Richtung Stärkung der Kaufkraft. Die Gegner führen eine grosse Angstkampagne. Da müssen wir Gegensteuer geben. Alle an die Urnen!



TRIBUN MIT VOLK: Alt-Bundesrat Adolf Ogi (Foto: Neujahrsansprache im Jahr 2000) warnt vor der 13. AHV-Rente. Der Mann hat gut reden – mit seiner Rente! FOTO: KEYSTONE

Ogi, Schneider-Ammann & Co. Frech, frecher, Alt-Bundesräte

Sie kassieren eine Monatsrente von rund 20 000 Franken. Ohne dafür je einen Rappen Lohnbeitrag bezahlt zu haben. Uns «warnen» sie frech vor der 13. AHV-Rente von maximal 2450 Franken im Jahr.

WOHLVERSORGT. Nicht so den Alt-Magistraten. Die können Monat für Monat über 19 706,60 Franken Bundesrentenrente verfügen; wenn sie im Rentenalter sind, kommt eine ganze AHV-Rente von 2450 Franken obendrauf. Macht zusammen 22 156,60 Franken im Monat; Davon lässt sich zweifellos anständig leben. Alleine der Teuerungsausgleich fürs laufende Jahr lag in der Höhe einer maximalen AHV-Monatsrente – also quasi einem AHV-Dreizehnten schon vor der Abstimmung.

Doch diesen soll es nicht für alle geben. Das schrieben jetzt die wohlversorgten Ogi, Schneider-Ammann & Co. an Hunderttausende Rentnerinnen und Rentner. Im Dienste der Finanzindustrie, die auch die Kosten übernimmt. A propos Kosten: Für ihre Bundesratsrente wurde Ogi, Couchepin & Co. nie auch nur ein Rappen Lohnbeitrag abgezogen. Sie werden direkt aus der Bundeskasse finanziert. Das heisst: bezahlt von jenen, denen die Herrschaften jetzt erzählen, eine 13. AHV-Rente sei «brandgefährlich», und sie dazu auffordern, «gemeinsam Verantwortung» für ein Nein zum Kaufkraftausgleich zu übernehmen.

Ganz im Unterschied zu den Pensionskassenrenten der «Normalsterblichen» und im Unterschied auch zu den AHV-Renten, die nach dem Mischindex angepasst werden. Den Rentnerinnen und Rentnern fehlt wegen der Teuerung, der höheren Mieten und Nebenkosten und der explodierenden Krankenkassenprämien unterdessen eine ganze Monatsrente.

Die Reichen profitieren nicht von der 13. AHV-Rente

25 Jahre	35 Jahre	40 Jahre
FaBe Kinder	Trampolin	Konzern-CEO
Ø Jahreslohn 56'000 CHF	Ø Jahreslohn 75'000 CHF	Ø Jahreslohn 2.5 Mio. CHF
13. AHV-Rente 2038 CHF	13. AHV-Rente 2293 CHF	13. AHV-Rente 2450 CHF
Zusätzl. Lohnbeitrag 156.- / Jahr	Zusätzl. Lohnbeitrag 288.- / Jahr	Zusätzl. Lohnbeitrag 10 008.- / Jahr
Nettogewinn 21'022 CHF	Nettogewinn 23'255 CHF	Nettoverlust - 418'000 CHF

Mit ihrem genialen Mechanismus sorgt die AHV dafür, dass über 90 Prozent der Menschen von ihr profitieren. Sie bekommen mehr zurück, als sie einbezahlt haben. Weil auf allen Einkommen Beiträge bezahlt werden müssen, die Renten aber gedeckelt sind. Diese Umverteilung ärgert die Reichen, seit es die AHV gibt. Weil sie nicht profitieren. Wenn jetzt gesagt wird, «nur denen, die es

nötig haben, soll mehr AHV ausbezahlt werden», tönt das auf den ersten Blick zwar vernünftig. Ist aber eine rechte Falle. Denn würden jetzt nicht alle eine 13. Rente erhalten, würden die Superverdiener bald verlangen, dass sie nicht mehr auf den ganzen Lohn AHV-Beiträge abliefern müssten. Das wäre das Ende der solidarischen Finanzierung, die unsere AHV so sicher und solide macht.

Die Schweiz kann sich die dringend nötige 13. AHV-Rente problemlos leisten

Seit Jahren rechnen Rechte die AHV tot – doch die ist purlimunter

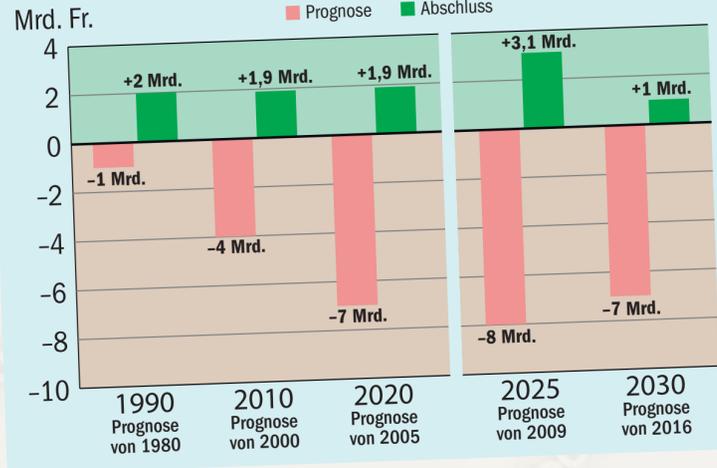
Die Gewerkschaften schlagen mit der 13. AHV-Rente eine effiziente und günstige Lösung für das Problem der Kaufkraft-Schmelze im Rentenalter vor. Was haben die Gegner zu bieten? Horror-Prognosen, die nie eintreffen. Und Vorschläge, die das Problem verstärken, statt es zu lösen.

CLEMENS STUDER
Seit der Einführung der AHV warnen Grossbanken und Versicherungen vor deren Zusammenbruch. Und ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter machen Politik mit den Horrorvorhersagen. Die Prognosen haben zwei Gemeinsamkeiten:
1. Sie sagen der AHV Milliardendefizite voraus.
2. Sie sind nie eingetroffen.

Auch jetzt vor der Abstimmung über die 13. AHV-Rente schwadronieren ihre Gegnerinnen und Gegner die AHV in den Bankrott. Auch diesmal wird die AHV nicht pleitegehen. Oder wie es SGB-Präsident Pierre-Yves Mailard in einer Sendung des Westschweizer Radios auf den Punkt brachte: «Ich bin wie die Gallier. Ich habe mehr Angst davor, dass mir der Himmel auf den Kopf fällt, als dass die AHV bankrottgeht.»

IMMER ZU SCHLECHT
Das scheint eine überaus vernünftige Einschätzung zu sein, wie ein kurzer Blick zurück zeigt: Im Jahr 2000 behauptete der Bund, bis in 10 Jahren sei das AHV-Vermögen weg. Im richtigen Leben lagen die Reserven dann bei rund 44 Milliarden Franken. 2005 sagte der Bundesrat das AHV-Ende auf das Jahr 2017 voraus. Im richtigen Leben hatte die AHV dazumal ein Vermögen von knapp 46 Milliarden Franken. 2013 dann eine positive Zahl aus dem Bundeshaus. Das Bundesamt für Sozialversicherungen sagte für 2022 AHV-Reserven von rund 37 Milliarden Franken voraus. Doch selbst im Plus war die Prognose zu pessimistisch und 10 Milliarden zu niedrig (mehr Fehlprognosen in der Grafik unten rechts).

Vergleich der AHV-Rechnungsabschlüsse mit den Prognosen des Bundesrates



Altersvorsorge. Dank der 13. AHV-Rente haben die Lohnabhängigen mehr Geld zum Leben, als wenn sie ihre Rentenlücke mit einer privaten Lösung füllen müssten. Sofern sie überhaupt das Geld dazu hätten. Denn was die Kosten betrifft, sind die Unterschiede enorm. Dank der 13. AHV-Rente sparen Berufstätige mit mittlerem Lohn bis zur Pensionierung über 30 000 Franken (Alleinstehende) beziehungsweise über 55 000 Franken (Ehepaare). Die präzise Rechnung gibt es hier: www.rebrand.ly/faktenkosten.
Die Chancen für ein Ja zur 13. AHV-Rente stehen laut Umfragen gut. Das macht die Banken und Versicherungen nervös. Sie fürchten um ihre Profite. Darum feuern ihre Politikerinnen und Politiker Nebelpetarden aus allen Rohren und mit Millionen Propagandafranken ab.

SCHEINLÖSUNG STEUERBEFREIUNG
Neben der plötzlichen Liebe zu den Ergänzungsleistungen (siehe Artikel rechts) und dem plötzlichen Gerechtigkeitsempfinden, dass statt bei «den Reichen» das Geld bei «den Bedürftigen» doch nützlicher wäre und erst noch mehr für diese zur Verfügung stünde (siehe Text zur Grafik unten links), bringen sie die Steuerbefreiung für AHV-Renten wieder einmal aufs Tapet. Doch gerade davon würden die Reichen am meisten profitieren. Weil: Beim Bund bezahlen die unteren Einkommen bereits heute kaum oder keine Steuern. Für sehr gut Verdienende würde sich die Steuerbefreiung der AHV-Renten überproportional lohnen, weil es die sogenannte Progression brechen würde.

Das Ärgernis von Steuern auf geringen Einkommen muss – wo vorhanden – in den Kantonen gelöst werden. Denn dort sind teilweise die Steueroasen für Reiche die Steuerhölle für Geringverdienende. Ein Beispiel: In der Steuerhölle Genf bezahlt eine Witwe mit 20 000 Franken steuerbarem Einkommen 96 Franken Steuern. Im Schweizer Steuerparadies Freienbach aber 693 Franken. Ein Witwer mit 120 000 Franken steuerbarem Einkommen bezahlt in Genf rund 30 000 Franken Steuern und kommt in Freienbach mit 12 722 Franken davon.

Tatsache ist: Die finanzielle Situation der AHV ist gut. Weil sie immer besser abschloss als die Prognosen. Und weil sie auch in den nächsten Jahren gut abschliessen wird. Selbst nach Meinung der Bundes-Pessimisten. Konkret: Die AHV erzielt in den nächsten Jahren Jahr für Jahr rund 3 Milliarden Franken Überschuss. Im Reservepotopf sammelt sich gar eine Rekordsumme an. Das sind die Fakten.

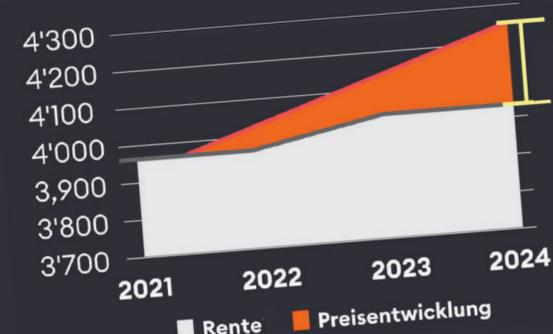
BVG-RENTEN-SCHMELZE
Tatsache ist auch, dass die AHV ihren Verfassungsauftrag seit 75 Jahren nicht erfüllt. Ihre Renten sind nicht existenzsichernd. Bis weit in die Mittelschicht kommt in den letzten Jahren hinzu, dass die Pensionskassen brö-

ckeln. Ihre Renten sind in den letzten acht Jahren kaufkraftbereinigt um 14 Prozent gesunken. Trotz massiv gestiegenen Lohnbeiträgen. Und die laufenden Renten werden nicht an die Teuerung angepasst. Das heisst: Essen, Mieten, Krankenkasse, Strom – alles wird teurer. Nur die Renten bleiben gleich. Das hat dazu geführt, dass Rentnerinnen und Rentner bis Ende Jahr eine ganze Monatsrente weniger im Portemonnaie haben.

DIE LÖSUNG
Am preisgünstigsten und schnellsten lässt sich der Kaufkraftverlust der Renten mit einer 13. AHV-Rente ausgleichen. Immer mehr Menschen merken, dass die AHV finanziell viel attraktiver ist als jede andere Art der

Die 13. AHV-Rente gleicht den Kaufkraft-Verlust aus

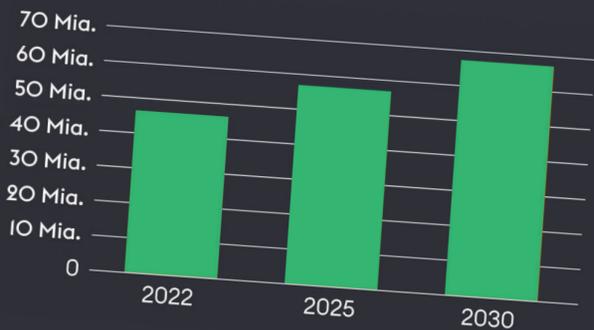
Alles wird teurer, die Renten reichen nicht mehr: Mittlere Renten (1. und 2. Säule) im Vergleich zu Ausgaben von Alleinstehenden im Alter 65+ (in Franken pro Monat)



Quelle: Bundesamt für Statistik

Die Schweiz kann sich die 13. AHV-Rente leisten

Das Vermögen der AHV steigt stetig an und beträgt bald schon 70 Milliarden Franken. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine anständige Rente. Es ist genug Geld da.



Quelle: Bundesamt für Statistik



Achtung: Verwechslungsgefahr
Am 3. März kommen zwei unterschiedliche Initiativen zum Thema Renten zur Abstimmung. So stimmst du richtig ab:

«Initiative für eine 13. AHV Rente»

Wollen Sie die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» annehmen?

JA

«Renteninitiative» der Jungfreisinnigen

Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» annehmen?

NEIN

Rentenalter 67

Die AHV-Contras greifen in die Trickkiste Fieses Spiel mit den Ergänzungsleistungen

Die Gegnerinnen und Gegner einer 13. AHV-Rente treiben ein fieses Spiel mit den Ergänzungsleistungen, die sie eben erst zusammengestrichen haben. Und tricksen mit einer grünliberalen Motion für die Galerie.

Tatsache 3
Ende 2023 lief die Übergangsfrist für «Alt-Beziehende» aus. Seit diesem Jahr haben mindestens 70 000 EL-Bezüglerinnen und Bezüger weniger Rente. 8000 Menschen haben ihre EL ganz verloren.

Tatsache 4
Die Bundesverfassung schreibt vor, dass wir im Alter von Renten würdig leben können. Ein Rentenanspruch wie jener auf einen AHV-Dreizehnten ist etwas anderes als Sozialleistungen, die nach Lust und Laune von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit jederzeit zusammengestrichen werden können.

Jede dritte Person mit EL erhält seit der Kürzung von 2019 weniger Geld.

nen Franken gekürzt. Haben SVP, FDP, GLP und Mitte wirklich ein so schlechtes Gedächtnis, oder sind sie einfach heuchlerisch und zynisch?

Tatsache 1
Wenn die Renten und das Einkommen die minimalen Lebenskosten nicht decken, hat man einen rechtlichen Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL). Obwohl die EL keine Almosen sind, sondern ein Rechtsanspruch, verzichten in der Schweiz eine Viertelmillion Menschen, die Anspruch hätten, darauf. Aus Unkenntnis, aus Scham – oder weil sie sich nicht dem oft als demütig erlebten Anmeldeverfahren bei der AHV-Zweigstelle in den Gemeinden unterwerfen wollen.

Tatsache 2
Die gleichen Politikerinnen und Politiker, die jetzt mit dem Argument «Es gibt ja EL» die 13. AHV-Rente bekämpfen, haben diese 2019 massiv zusammengestrichen – und 400 Millionen Franken auf dem Buckel der Schwächsten gespart. Insgesamt erhalten gemäss Schätzungen ein Drittel aller EL-Beziehenden weniger Geld. Die Kürzungen machen bis zu 300 Franken weniger pro Monat aus.

Fauler Trick
Doch das «Argument» mit den Ergänzungsleistungen ist nicht der einzige Trick, mit dem die AHV-Gegnerinnen und -Gegner die Stimmenden verwirren wollen. Nach der ersten Umfrage mit grosser Zustimmung zur AHV x13 zauberte GLP-Nationalrätin Melanie Mettler flugs einen Vorstoss aus dem Hut. Er soll «gezielt» mehr Geld für «bedürftige Rentnerinnen und Rentner» bringen. Das soll den AHV-Gegnerinnen und -Gegnern ermöglichen, im Abstimmungskampf zu behaupten: «Auch bei einem Nein steigen die tiefsten Renten.» Das Vorgehen erinnert verdächtig an jenes der bürgerlichen Frauen vor der Abstimmung über die AHV-Reform 21. Dort traten sie vor die Medien und erzählten, sie würden dann die Frauenrentenlücke von 33 Prozent bei der BVG-Reform schliessen. Aber zuerst müssten jetzt die Frauen mal ein Jahr länger arbeiten. Nach dem Mini-Ja zum höheren Frauenrentenalter machten sie das Gegenteil: Die BVG-Reform ist eine weitere, milliardenteure Abbaumaßnahme, auch auf dem Buckel der Frauen.

Nicht verwirren lassen
Lassen wir uns also nicht verwirren: Nur bei einem Ja zur 13. AHV-Rente verbessert sich die Kaufkraft jener, die ein ganzes Leben lang hart gearbeitet haben. Alles andere sind leere Versprechen, von denen jene, die jetzt Nein zur AHV x13 sagen, bereits am Abend des 3. März nichts mehr wissen wollen. Und einfach weitermachen werden mit ihren Abbauplänen wie der faktischen Abschaffung der Witwenrente.

EU-Wahlen Hektische Zeiten in Europa

Die laufende Legislaturperiode des EU-Parlamentes geht bald zu Ende. Eine internationale Allianz von Wirtschaftsverbänden und neoliberalen Politikerinnen und Politikern versucht deshalb, zwei fortschrittliche Gesetze im EU-Ministerrat in letzter Minute zu blockieren: die EU-



Erne Europa
Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

Richtlinie zur Plattformarbeit und das EU-Lieferkettengesetz, das Konzerne weltweit verpflichten soll, nur noch mit Lieferanten zusammenarbeiten, die minimale Arbeits-, Menschenrechts- und Umweltstandards einhalten.

In der Schweiz scheiterte 2020 nach einer Angstkampagne der Wirtschaftsverbände die Konzernverantwortungsinitiative trotz Volksmehr am Ständemehr, also an der Mehrheit der Kantone, deren Bevölkerung Nein sagte. Genauso droht nun auch das EU-Lieferkettengesetz am Widerstand einiger EU-Mitgliedsstaaten zu scheitern.

TEILSIEG. Im Januar errangen die Plattformfirmen wie Uber oder Deliveroo einen Teilsieg im EU-Ministerrat. Eine Allianz um den französischen Präsidenten Emmanuel Macron blockierte die Verabschiedung einer neuen EU-Richtlinie, welche die Rechte von Kurierinnen und Chauffeuren in digitalen Plattformen stärken sollte (work berichtete: [rebrand.ly/ernes-europa](https://www.rebrand.ly/ernes-europa)). Verhindern konnten sie die EU-Richtlinie letztlich dennoch nicht. Am 8. Februar einigten sich die Verhandlungsdelega-

Anscheinend ist die Wirtschaft Europas noch immer auf Kinder- und Sklavenarbeit angewiesen.

tionen des EU-Parlaments und des Ministerrates auf einen abgespeckten Gesetzesentwurf, der die Arbeitsbedingungen von Plattform-Beschäftigten verbessert. Zwar wurde die detaillierte Checkliste aus dem EU-Gesetzesentwurf gestrichen, die genau bestimmen sollte, wann Plattform-Büezerinnen als Arbeitnehmende eingestuft werden müssen. Aber: Auch laut dem abgespeckten Gesetzestext gelten sie immer noch prinzipiell als Beschäftigte mit Anspruch auf Mindestlöhne und andere soziale Rechte. Zwar können die Mitgliedsstaaten die genauen Regeln zur Plattformarbeit nun in einigen nationalen Gesetzen selber näher festlegen, dürfen dabei aber wichtige Grundsätze nicht verletzen.

TRANSNATIONALER KLASSENKAMPF. Bei der EU-Richtlinie zur Plattformarbeit hat sich der transnationale Kampf für mehr soziale EU-Rechte gelohnt. Der Gesetzgebungsprozess endete nicht im Scherbenhaufen, obwohl die Plattformfirmen enorme Ressourcen in ihr Lobbying investierten. Dennoch gelang es den Plattform-Büezern, das Business-Lobbying durch eine eigene transnationale Gegenkampagne zumindest zu neutralisieren. Auch dank linken EU-Abgeordneten wie Leila Chaibi, welche die Ressourcen des EU-Parlamentes nutzten, um Plattform-Büezer europaweit zusammenzubringen. Es bleibt unklar, ob es sozialen Kräften in Europa auch gelingt, die Blockade im EU-Ministerrat gegen das EU-Lieferkettengesetz zu überwinden. Weil Wirtschaftsverbände und liberale Parteien die Zustimmung der deutschen und italienischen Regierungen im EU-Ministerrat weiterhin zu verhindern versuchen. Anscheinend ist die europäische Wirtschaft immer noch auf Kinder- und Sklavenarbeit angewiesen.

Die Mitgliederentwicklung der Unia ist beinahe stabil

«Viele Coop-Verkäuferinnen sind stolz, Mitglied zu sein»

Die Unia zählte letztes Jahr 174 450 Mitglieder. Zulegen konnte sie in Dienstleistungsberufen. Unia-Dienstleistungschefin Véronique Polito sagt, warum.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: In den letzten Jahren waren die Mitgliederzahlen rückläufig. Hat die Unia jetzt die Trendwende geschafft?
Véronique Polito: Ja, in einigen Regionen sind wir tatsächlich so weit. Zum Beispiel im Wallis. In der gesamten Unia ist die Entwicklung beinahe stabil. Die Differenz gegenüber dem Vorjahr beträgt nur noch 0,47 Prozent.

Was hat zu diesem guten Resultat geführt?

Wir haben in den letzten Jahren unsere Arbeit in den Betrieben intensiviert, wir sind dort präsenter. Und wir haben insbesondere in der Dienstleistungsbranche

«Dank der Frauenstreikbewegung haben wir mehrheitlich in Frauenbranchen zugelegt.»

VÉRONIQUE POLITO, UNIA

bessere Netzwerke von Vertrauensleuten bilden können. Das zeigt, dass sich systematische und fokussierte Arbeit auf dem Terrain lohnt. Und es war das erste Jahr seit Covid, in dem nicht mehr die Pandemie im Vordergrund stand. Wir konnten uns wieder unseren Kernthemen Kaufkraft, Lohn und Renten widmen.

In der wichtigen Dienstleistungsbranche konnte die Unia um 1,4 Prozent zulegen, das sind 715 neue Mitglieder.

Wie können Sie diesen Erfolg erklären?

Es gibt im Dienstleistungsbereich ein riesiges Bedürfnis, die Bedingungen zu verbessern. In vielen Berufen dieser Branche arbeiten hauptsächlich Frauen, und die Löhne sind sehr tief. Zum Beispiel im Verkauf oder im Gastgewerbe. In der Pflege ist es nicht nur eine Frage der Löhne, sondern auch von Überlastung, Stress und Personalmangel. Viele Leute in diesen Branchen haben das Bedürfnis und

die Bereitschaft, ihre Situation zu verbessern. Und durch Covid haben sie mehr Selbstbewusstsein gewonnen, weil sie gemerkt haben, wie wichtig sie für die Gesellschaft sind.

Auch im Detailhandel konnte die Unia um insgesamt 1,5 Prozent wachsen.

Ja. Insbesondere bei Coop ist es uns gelungen, ein neues und starkes Netzwerk von Vertrauensleuten aufzubauen. Zum ersten Mal haben wir es geschafft, dass sich die Vertrauensleute wirklich in die Verhandlungen aktiv einbringen konnten. Zusammen hatten sie den Mut, Forderungen zu stellen. Es hat mich sehr beeindruckt, wie sie nach den sehr

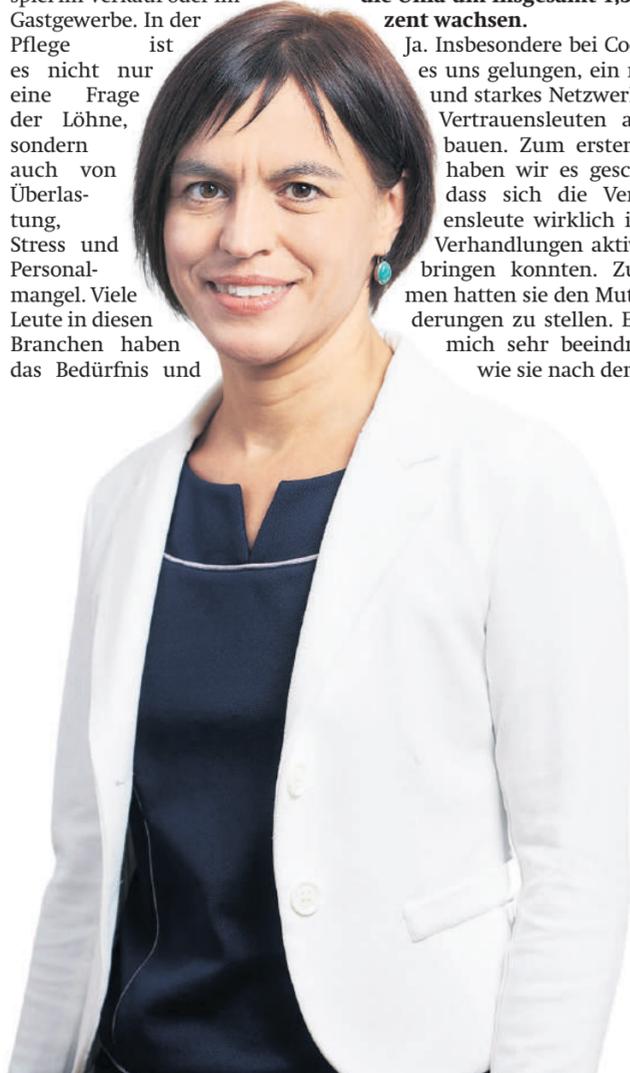
erfolgreichen Verhandlungen vor die Kameras gestanden sind und über das Resultat berichtet haben. Sie waren sichtbar stolz, Unia-Mitglieder zu sein (siehe Seite 4 unten, die Red). Das zeigt: Wenn man zusammen fordert, kann man mehr erreichen.

Neu sind 27,6 Prozent der Mitglieder Frauen, das ist ein Rekord. Ist das eine Folge des Frauenstreiks?

Klar! Die Frauenstreikbewegung hat dazu geführt, dass wir mehrheitlich in Frauenbranchen zulegen konnten. Wir haben in den Betrieben sehr spezifisch Frauenthemen angesprochen. Das hat auch geholfen, die Frauen in den Betrieben zu organisieren. Weil sie gesehen haben, dass es viele Frauen gibt, die in der gleichen Situation sind wie sie. Ein Beispiel aus der Logistik: Beim Logistikunternehmen Ceva gab es rund um den Frauenstreik eine Bewegung. Das hat schliesslich dazu geführt, dass die Ceva-Mitarbeitenden Ende 2023 zum ersten Mal einen 13. Monatslohn bekommen haben.

Bei ihrer Gründung 2004 setzte sich die Unia zum Ziel, die Menschen in den Dienstleistungsberufen zu organisieren. Ist dieses Ziel jetzt erreicht?

Wir wollten damals, dass sich die Unia im Dienstleistungssektor einen Namen macht. Das haben wir sicher erreicht. Heute haben wir in diesem Sektor über 53 000 Mitglieder. Und: Im Detail- und Onlinehandel, im Gastro-Bereich und immer mehr auch in der Langzeitpflege werden wir zunehmend als Gewerkschaft wahrgenommen, die man nicht mehr ignorieren kann. Wir müssen in diesen Bereichen aber noch stärker werden, um die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern.



VÉRONIQUE POLITO: Zuwachs in der Dienstleistungsbranche. FOTO: MANU FRIEDERICH

Die Apotheken der Waadt wollen keinen GAV. Pharma-Assistentin Fanny Hostettler:

«Wir haben noch ein paar Trümpfe in der Hand!»

Fort mit den Tiefelöhnen, her mit einem GAV – das haben die Pharma-Assistentinnen und -Assistenten im Kanton Waadt beschlossen.

CHRISTIAN EGG

Nein, mit dieser Antwort sind sie nicht zufrieden: Seit über vier Jahren kämpfen die Pharma-Assistentinnen und -Assistenten im Kanton Waadt für bessere Löhne, für einen 13. Monatslohn, für eine Woche mehr Ferien. Das und mehr soll in einem kantonalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) geregelt werden. Ende letzten Jahres nahm endlich der Waadtländer Apothekerverband dazu Stellung. Zwar sprach dessen Präsident davon, den Beruf «aufzuwerten». Lehnte aber Verhandlungen zu einem GAV ab.

«VÖLLIG UNGENÜGEND»

Als Präsidentin des Branchenkomitees koordiniert die Pharma-Assistentin Fanny Hostettler den Einsatz ihrer Berufskolleginnen und -kollegen. Die Unia unterstützt sie dabei. «Völlig ungenügend» sei die Reaktion des Verbands, sagt die 28-jährige. Kein Wort von einem 13. Monatslohn oder mehr Ferien.

Und vor allem: «Nur ein GAV wäre für alle verbindlich, und nur dann gäbe es auch Kontrollen!»

Sie selbst sei ein gutes Beispiel, sagt Hostettler: Ihr Lohn liegt bei



«Streik? Ich wäre auf jeden Fall dabei.»

FANNY HOSTETTLER, PHARMA-ASSISTENTIN

4800 Franken, 12mal ausbezahlt – «und das nach zehn Jahren im Beruf! Das kann es doch nicht sein.»

DER BRANCHE LAUFEN DIE LEUTE DAVON

Kein Wunder, so Hostettler, wechselten viele zu einer Versicherung oder einer Krankenkasse. Dort sei ihr Wissen sehr gefragt und die Löhne deutlich besser. Während die Apotheken über Fachkräftemangel klagten. Ein GAV wäre das beste Mittel dagegen, sagt sie.

NUR EIN VORWAND

Weiter findet der Verband, GAV-Verhandlungen seien «nutzlos», da im Kanton Waadt kürzlich zwei



KLARES ZIEL: Die Pharma-Assistentinnen und -Assistenten verlangen einen GAV. Aber der Verband hält sie mit Versprechungen hin. FOTO: KEYSTONE

Initiativen für einen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde eingereicht worden seien. Nur ein Vorwand, kontert Giorgio Mancuso von der Unia Waadt: «Bis zur Abstimmung geht es noch mehrere Jahre, und wie das Volk entscheidet, wissen wir heute nicht.» Fanny Hostettler und ihre Mitkämpferinnen und -kämpfer warten nicht so lange. Am 31. Januar haben sie in einer Vollver-

sammlung beschlossen, den Kampf für einen GAV weiterzuführen. Hostettler sagt: «Wir machen weiter. Und wir haben noch ein paar Trümpfe in der Hand.» Vielleicht brauche es auch einen Streik, um dem GAV zum Durchbruch zu verhelfen, lässt sie durchblicken. Klar, das müsste man gut vorbereiten, damit dann auch alle mitziehen. «Aber ich wäre auf jeden Fall dabei.»



MORGENSTUND: Um sieben Uhr vor dem Gubrist – einem Nadelöhr mit 350 Stautagen pro Jahr.



ZIELORT KUWAIT: Nadir Garzetti liefert am Flughafen eine Luftfracht aus.



PAUSE: Nadir Garzetti ist nach langer Berufstätigkeit in der Finanzbranche «megaglücklich» in seinem Job als Chauffeur. Sein Ratschlag an alle Kolleginnen und Kollegen: **Geduld!** FOTOS: IWAN SCHAUWECKER

«Verrückt, was heute alles um den Erdball gekarrt wird»

Tatort A1: Warenwahn auf der Autobahn

Die A1 durchzieht das Mittelland als Hauptschlagader des Warenverkehrs. work fuhr mit Nadir Garzetti (63) im 40-Tonner Richtung Westen.

IWAN SCHAUWECKER

Es ist noch finster und neblig, als Nadir Garzetti um sieben Uhr seinen Arbeitstag beginnt. Am Hauptsitz der Speditionsfirma Planzer in Dietikon ZH steigt er in seinen Sattelschlepper und fährt los. Der dichte Verkehr rollt heute flüssig durch die Tunnelröhre am Gubrist. Erster Halt: Zürich Flughafen. Der Nebel hat sich verzogen, und die Sonne spiegelt sich in den blanken Fassaden der Frachthallen. Garzetti erzählt, dass er hier auch schon Pakete «Made in China» für den Flug nach Schanghai abgeliefert habe. «Es ist verrückt, was heute alles um den Erdball gekarrt wird», sagt er und schiebt die Kisten mit Destination «Kuwait» in die Lagerhalle. Nach Kafi und Zigi chauffiert er den Lastwagen zurück in den dichten Nebel Richtung Dielsdorf ZH.

VOM BANKER ZUM LASTWÄGELER

Garzetti war in seinem früheren Leben Investmentbanker bei der Credit Suisse, war in Zürich, London und New York zu Hause. Später arbeitete er bei der Zurich-Versicherung in der Finanzabteilung. Irgendwann verlor er durch eine «Restrukturierung» seinen Job. Da wurde ihm klar: es braucht einen Neustart. «Es gibt in dieser Welt der Banken zu viel Neid, Missgunst und Materialismus.» Deshalb sitzt er

jetzt am Steuer eines 40-Tönners. Garzetti: «Jetzt bin ich megaglücklich mit meinem Job.» Bei einer Stahlfirma in Dielsdorf zirkelt Garzetti den sechzehneinhalb Meter langen Camion rückwärts in die enge Fabrikhalle hinein. 23 Palette mit Armierungseisen und ein paar Stahlbünde muss er hier laden. Danach muss er eine Viertelstunde Pause einlegen, sonst würde er eine Busse wegen fehlender Ruhezeit riskieren. Der Fahrtenschreiber im Lastwagen zeichnet alle Bewegungen auf.

DIE LASTWAGENLAWINE ROLLT

Weiterfahrt auf der A1 durch den Baregg-tunnel. Auf der Gegenfahrbahn defilieren die grossen Schweizer Logistikkonzerne: Galliker, Bertschi, Schöni, Emil Egger und viele andere mehr. Aber Planzer ist das grösste private Transportunternehmen in der Schweiz und beschäftigt heute fast 6000 Mitarbeitende. Mit der Übernahme von Quickmail und Quickpac kommen nochmals 3600 Personen dazu. Die Logistikbranche in der Schweiz hat enorme Wachstumsraten.

«Die Zandl-Päckli fallen nicht vom Himmel, das schafft auch einen gewaltigen Warenfluss auf den Strassen», sagt Garzetti. Links zieht das Logistikzentrum von Quali-Night in Kolliken (siehe Box) vorbei, an dem Planzer ebenfalls beteiligt ist. Weiter geht die Fahrt durch Safenwil Richtung Härkingen, eines der Stautzentren der Schweiz.

Logistik: Schwache GAV und Busse für Planzer

Die Löhne der Chauffeure in der Schweiz sind in der Regel tief und die Arbeitszeiten lang. Die Unia fordert einen allgemeinverbindlichen GAV mit kürzeren Arbeitszeiten, Schutz vor Lohndumping und besserem Gesundheitsschutz.

44 STUNDEN. In der Schweiz arbeiten etwa 200 000 Menschen in der Branche, viele auch als Kurierinnen und Kurier. Für sie gelten im Gegensatz zu den Lastwägeln die Regeln der Aufsichtsbehörde Postcom und der Syndicom-GAV mit maximal 44 Arbeitsstunden pro Woche. Doch der Paketdienst Planzer und der Nachtexpress Quali-Night missachteten diese Regel: In beiden Firmen galt die 48-Stunden-Woche auch für Kurierinnen und Kurier. Planzer Paketdienste und Quali-Night wurden deswegen zu 96 000 und 53 000 Franken Busse verurteilt. (isc)

Geduld sei in diesem Job unerlässlich, sagt Garzetti. Für ihn ist klar, dass es den Ausbau der A1 auf drei bis vier Spuren braucht. «Denn der Verkehr wird weiter zunehmen.» Weiter geht es Richtung Westen. Bei Freiburg liefert Garzetti die Armierungseisen für den Neubau der kantonalen Bibliothek. Letzte Station des Tages ist Lausanne. Die Rückfahrt in die Deutschschweiz liegt danach wegen des Nachtfahrverbots nicht mehr drin. Für Garzetti kein Problem. Er wird im Truck sein Bett einrichten und am nächsten Tag zurückfahren.

Stau und Pannen: Schweizer Autobahn-Fieber

Die Allianz «Stopp Autobahn-Bauwahn» hat Anfang Januar das Referendum gegen die Ausbaupläne des Parlaments eingereicht. Denn klar ist: Mehr Autobahnen führen zu mehr Stau, sie sind klimaschädlich, und sie stehen im Widerspruch zu den Klimazielen der Schweiz.

Das Referendum richtet sich gegen diverse Ausbauprojekte in Basel, Bern, Nyon, Schaffhausen

Bei Bern soll die Autobahn auf acht Spuren ausgebaut werden.

und St. Gallen. Sechs Streckenabschnitte sollen ausgebaut werden. Kostenpunkt: 5,3 Milliarden Franken. Die geplante Erweite-

rung am Grauholz bei Bern ergäbe die erste achtspurige Autobahn in der Schweiz. Die Stadt Bern sowie weitere betroffene Gemeinden, Landwirte und Grundeigentümer haben Einsprachen gegen das Projekt erhoben.

NOCH MEHR VERKEHR. Aktuell sind in der Schweiz etwa 6,5 Millionen Fahrzeuge angemeldet. Knapp eine halbe Million dieser Fahrzeuge sind Güterfahrzeuge, und 4,7 Millionen sind Personenkraftwagen. Damit besitzt im Schnitt jede zweite Person in der Schweiz ein Auto. Die Zahl der Stautunden hat sich zwischen 2010 und 2022 mehr als verdoppelt. Verschiedene Studien zeigen jedoch, dass zusätzliche Strassen tendenziell noch mehr Verkehr bringen:



STEHZEUGE: Autos stecken jährlich 30 000 Stunden im Stau. FOTO: KEY

«Wer Strassen sät, erntet Verkehr.» Mit diesen Strassen und dem Mehrverkehr rechnen die Verkehrsplanerinnen und -planer des Bundes: Sie gehen bis 2050 von einem weiteren Wachs-

tum des motorisierten Verkehrs von 11 Prozent aus.

MASSNAHMEN GEGEN STAUF. Für die Umweltorganisation Umverkehr wäre eine «Carpooling-Lane» in den Stosszeiten eine Sofortmassnahme gegen den Stau. Das ist eine Spur, auf der nur fahren darf, wer nicht alleine im Auto sitzt. Silas Hobi, Geschäftsleiter von Umverkehr: «Das wäre schneller und günstiger umzusetzen als die geplanten Ausbauprojekte.» Auch das Bundesamt für Verkehr (Astra) möchte den Strassenraum effizienter und intelligenter nutzen. Geplant sind bisher jedoch nur Anlagen zur Reduktion der Geschwindigkeit und die temporäre Umnutzung der Pannestreifen. (isc)



la suisse existe
Jean Ziegler

DAS WELTGERICHT IN DEN HAAG

Der Internationale Uno-Gerichtshof in Den Haag ist die oberste richterliche Instanz der Weltorganisation. Seine Kompetenzen sind im

Der Massenmord geht ungehindert weiter. Das oberste Uno-Gericht ist völlig machtlos.

Kapitel XIV der Charta festgelegt. Gegenwärtig präsi-

diert die US-amerikanische Richterin Joan Donoghue das Gericht. In Den Haag kann jeder Uno-Mitgliedstaat gegen einen oder mehrere Staaten Klage einreichen wegen Verletzung der Uno-Charta, der universellen Deklaration der Menschenrechte, oder jeder anderen Konvention des Völkerrechts.

VERBRECHEN. Am 29. Dezember 2023 klagte Südafrika gegen Israel. Wegen Missachtung der Uno-Konvention gegen Völkermord von 1948. 46 Staaten, über 1000 soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen und 600 israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger schlossen sich der Klage an. Die Sachlage: Am 7. Oktober 2023 griffen Kämpfer der Terrororganisation Hamas Siedlungen in Südisrael an und begingen Verbrechen. Die Regierung in Tel Aviv antwortete mit einem Rachefeldzug. Dieser richtet sich gegen die Hamas-Bewegung, aber vor allem auch gegen die palästinensische Zivilbevölkerung, die an den Hamas-Verbrechen total unbeteiligt ist. Bis Mitte Januar 2024 sind über 27 000 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet und über 28 000 schwerstens verletzt worden. 70 Prozent davon waren Frauen und Kinder.

KLAGE. Am 23. Oktober 2023 erklärte der damalige israelische Aussenminister Eli Cohen vor dem Uno-Sicherheitsrat in New York: «Wir kämpfen gegen Tiere und verhalten uns dementsprechend.» Völkermord ist nach der Uno-Konvention von 1948 die willentliche, totale oder teilweise Zerstörung einer Menschengruppe, die durch ihre religiöse, nationale oder ethnische Kollektiv-Identität definiert wird. Die südafrikanische Klage umfasst 84 Seiten und dokumentiert akribisch den israelischen Massenmord an der Zivilbevölkerung und die durch israelische Regierungsaussagen begründete Motivation.

PROZESS. Am 26. Januar 2024 erklärte der Gerichtshof Annahme der Klage und Eröffnung eines Prozesses. Als sofortige Massnahmen verurteilte das Gericht Israel dazu, den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung zu garantieren, die Nothilfe für Nahrungsmittel, Wasser, Treibstoff der Zivilbevölkerung sicherzustellen, das Verbot aller Hass-Reden, die Beendigung jeder Entmenschlichung aller beteiligten Parteien. Israels Premier Benjamin Netanjahu lehnte noch am Tag der Urteilsverkündung jede dieser provisorischen Sofortmassnahmen ab.

URTEIL? Der israelische Massenmord an der palästinensischen Zivilbevölkerung geht ungehindert weiter. Wie lange noch? Das oberste Uno-Gericht, das «Weltgewissen», wie es der US-Völkerrechtler Richard Falk nennt, ist völlig machtlos.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Buch von Hanau-Opfern Anschlag überlebt

Es geschah im deutschen Hanau am 19. Februar 2020. Ein Rechtsextremist erschoss an mehreren Tatorten neun Menschen, weitere wurden schwer verletzt. Das Motiv des Täters war blanker Rassismus. Seine Opfer waren ausschliesslich Menschen mit Migrationshintergrund. So auch Said Etris Hashemi. Der Sohn afghanischer Geflüchteter wurde von einer Kugel am Hals getroffen. Nur knapp überlebte er. Sein jüngerer Bruder dagegen starb an Ort und Stelle. Nun hat Hashemi ein Buch geschrieben über jenen Tag, an dem er sterben sollte. Eine aufrüttelnde Geschichte über Alltagsrassismus, rechten Terror und den Schmerz der Hinterbliebenen.

Said Etris Hashemi: **Der Tag, an dem ich sterben sollte.** Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2024, 224 Seiten, rund 36 Franken.

Pflegekonferenz in Bern Jetzt aktiv werden!

Im Pflegewesen sind aktuell rund 15 200 Stellen unbesetzt. Und jeden Monat steigen weitere Pflegende aus. Die Gründe sind bekannt:



HEISSE THEMEN: Pflegende treffen sich zur Branchenkonferenz. FOTO: UNIA

Überarbeitung, Stress und zu tiefe Löhne. Nun lädt die Unia zur Branchenkonferenz Pflege und Betreuung. Diskutiert wird dort unter anderem eine Studie der Fachhochschule Sidschweiz (Supsi) zur Frage, was gute Pflege eigentlich sei und was es dafür brauche. Auch wird Bilanz gezogen über die Entwicklungen im letzten Jahr. Weitere Themen sind eine gemeinsame Mobilisierung des Gesundheitspersonals im Jahr 2024 sowie der Widerstand gegen den Stellenabbau im Kantonsspital St. Gallen.

Branchenkonferenz Pflege und Betreuung, Samstag, 24. Februar, 9.30 bis 16 Uhr, Weltpostverein, Weltpoststrasse 4, Bern. Das Mittagessen wird offeriert. Anmelden unter gutepflege@unia.ch.

Podcast über Ems

Nylon, Nazis, Napalm

«Wir müssen reden». So heisst der Podcast der Schweizer Nichtregierungsorganisation Public Eye. Sehr empfehlenswert! Denn zu jedem Thema hat Moderator Nico Meier eine ausgewiesene Expertin oder einen Experten zu Gast. Und immer steht die Rolle der Schweiz im Zentrum. So auch in der jüngsten Folge mit dem schönen Titel «Nylon, Nazis, Napalm». Darin geht es um die haarsträubende Geschichte der Ems-Chemie. Diese kennt niemand so gut wie die Zürcher Historikerin Regula Bochsler. Erst vor zwei Jahren ist ihr 600 Seiten dickes Buch dazu erschienen. Im Podcast verrät sie, wie sie bei der Recherche vorgegangen ist – und warum ihr der Blocher-Clan die Einsicht ins Firmenarchiv bis heute verweigert.



Den Public-Eye-Podcast **Wir müssen reden** gibt es als Video auf Youtube und als Audio auf Spotify & Co.: rebrand.ly/publiceye-podcast.

Vor 500 Jahren führte Thomas Müntzer den grossen Bauernaufstand in Deutschland an Die Revolution der Rechtlosen

Überall in Europa gehen Bauern auf die Strasse und protestieren gegen Existenznöte. Das war vor 500 Jahren auch so. Es kam zum Bauernaufstand. Anführer Thomas Müntzer fand ein schreckliches Ende.

RALPH HUG

Die erste Revolution auf deutschem Boden begann 1524 im Schwarzwald. Dort hatte der Landwirt Hans Müller die Schnauze voll von steigenden Abgaben, Frondiensten und Leibeigenschaft. Zusammen mit empörten Nachbarn fasste er Dreschflügel und Knüppel und zog zum Sitz des Landgrafen. «Kein Frondienst mehr!» so der Schlachtruf. Rund 3500 Bauern schlugen den örtlichen Adel in die Flucht. Blitzartig weitete sich der Aufstand in ganz Süddeutschland aus. Hunderte von Schlössern und Klöstern gingen in Flammen auf.

RADIKALER ALS LUTHER

Der grosse Bauernkrieg hatte begonnen. Die wütenden Landwirte schufen die «radikalste Tatsache der deutschen Geschichte», wie Karl Marx später schrieb. Sein Compagnon

Thomas Müntzer: Für Gott und Revolution



Er war Theologe und an diversen Orten in Deutschland als Geistlicher und Lehrer tätig. Thomas Müntzer, 1490 geboren, war ein Rebell gegen die reaktionäre Papstkirche aus Rom. Noch vor Reformator Luther verfasste er eine volksnahe Gottesdienstordnung in deutscher Sprache. Als Anhänger Luthers tritt er zunächst für die Reformation. Bis er erkannte, dass Luther nicht auf der Seite der Bauern, sondern jener der Fürsten stand. Da wurde Müntzer immer radikaler und schlang sich zum Anführer des Bauernaufstands auf. (rh)



MISTGABEL UND SENSE: Die Bauern fochten entschlossen, waren den Söldnern der Adligen aber unterlegen. FOTO: ZEITG. HOLZSCHNITT

Friedrich Engels nannte den Aufstand einen «Angelpunkt» der deutschen Nationalgeschichte. Der Krieg endete 1526: Die militärisch unerfahrenen Bauernhaufen hatten gegen die professionellen Söldnerheere der Fürsten und Könige keine Chance, sie wurden vernichtend geschlagen. Viele Aufständische wurden gefoltert, enthauptet, aufgehängt oder erschlagen.

So auch der legendäre Anführer Thomas Müntzer aus dem Harzgebirge (1490–1525). Müntzer war Pfarrer und als Gottesmann eigentlich dem Frieden verpflichtet. Doch seine provokanten Thesen gegen Papst und Adel, gegen Fürsten, Könige und Landvögte waren radikal. Er warf ihnen vor, das Christentum verraten zu haben. Die Reformation von Luther ging ihm zu wenig weit (siehe Box). Müntzer träumte vom «Reich Gottes auf Erden», in dem es weder Arm noch Reich geben sollte. Alles sollte Gemeinbesitz sein und «an jeden nach seiner Notdurft verteilt» wer-

den. Seine Vision einer Gesellschaft der Gleichen, ohne Tyrannei und Unterdrückung, nahm die klassenlose Gesellschaft in Marx' «Kommunistischem Manifest» vorweg, wenn auch zeitgebunden im christlich-religiösen Rahmen. In den Augen der Machthaber war Müntzer ein gefährlicher Ketzer. Seine Tage waren gezählt.

VERSKLAVTER BAUERNSTAND

Mehr als religiöse Differenzen führten soziale Spannungen zum Ausbruch des Krieges. Um ihre ständigen Kriege um Macht und Einfluss zu finanzieren, verschärften Adel und Klerus die Ausbeutung der Landbevölkerung, von der sie lebten. Ein neues Recht sollte das in viele Königreiche zersplitterte Deutschland einen. Doch es drückte die Bauern noch mehr zu Leibeigenen, sprich: Sklaven, herab als vorher. Die aufstrebenden Fürsten setzten das Privateigentum an Grund und Boden durch. Fortan sollten die Bauern

weder fischen noch im Wald jagen dürfen. Selbst der Holzschlag sollte untersagt sein. Die Abschaffung all dieser traditionellen Freiheiten trieb die Bauern zu den Waffen.

Anfangs hatte Prediger Thomas Müntzer viel Erfolg. Er stürzte den Stadtrat von Mühlhausen und rief die Bauern zur Revolte auf. Tausende folgten ihm. Doch in der Entscheidungsschlacht bei Frankenhausen war seine 8000köpfige Bauernarmee chancenlos: Mehr als 5000 Mann wurden getötet, Müntzer selber festgesetzt, tagelang gefoltert und am 27. Mai 1525 hingerichtet. Sein Kopf wurde auf einer Stange aufgespießt und zur Schau gestellt. Der Krieg war zu Ende, gegen 130 000 Aufständische waren tot, und die fürstliche Macht war für längere Zeit gesichert.

Dennoch war der Krieg nicht vergebens: Aus Angst vor weiteren Revolten wurde die Leibeigenschaft schrittweise entschärft. Letztlich führte der Krieg sogar zur Abschaffung dieser Art von Sklaverei.



worklxl der wirtschaft

Daniel Lampart



SINKENDE SOZIALBEITRÄGE: WIR HABEN DAS GELD FÜR DIE 13. AHV

Dank der AHV erhalten Berufstätige viel Rente für ihr Geld. Im Unterschied zur dritten Säule, die viel mehr kostet. Wer ein mittleres Einkommen hat, bekommt die 13. AHV-Rente bereits für einen Beitrag von rund 20 Franken pro Monat oder 80 Rappen pro Tag. Trotzdem malen die Gegner den Teufel an die Wand. Die 13. sei viel zu teuer. Die Abgaben würden stark steigen. Die Statistiken zeigen das Gegenteil. Wir können die 13. AHV-Rente einführen, ohne dass die Beitragslast wahrnehmbar steigt.

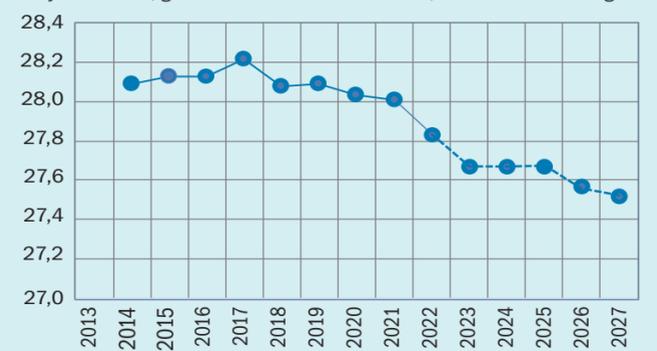
ÜBERSCHÜSSE. Im letzten Jahr machte die AHV einen Überschuss von rund vier Milliarden Franken. Auch in den nächsten Jahren können wir Überschüsse in Milliardenhöhe erwarten. Unter anderem, weil wir mehr Mehrwertsteuer zahlen und das Rentenalter der Frauen erhöht wurde. Die AHV bildet umfangreiche Reserven. Diese können wir der Bevölkerung wieder zurückgeben, indem wir die 13. Rente damit finanzieren.

Mittelfristig braucht es dann für die 13. Rente eine Zusatzfinanzierung von je 0,4 Beitragsprozenten für Arbeitgeber und Arbeitnehmende. Doch das werden wir kaum spüren. Die Sozialabgaben werden im Vergleich zu früher nicht steigen. Denn sie sind in letzter Zeit spürbar gesunken. Und sie werden voraussichtlich noch weiter sinken. Die Zusatzfinanzierung für die 13. AHV-Rente führt höchstens zu einer Umkehr dieser Senkungen.

ABGABEN SINKEN. Die Prämien der Unfallversicherung gingen zurück, weil es weniger Unfälle gibt. Das dürfte sich fortsetzen. Die Arbeitslosenbeiträge sinken, weil es weniger Arbeitslose gibt. Das Solidaritätsprozent für die hohen Löhne ist auf 2023 weggefallen. In ein paar Jahren dürfte es eine weitere Senkung um rund 0,3 Lohnprozente geben. Denn die Arbeitslosenversicherung macht hohe Überschüsse und hat bald zu viele Reserven. Weil wir weniger Kinder haben, sinken auch die Kosten

Beiträge an die Sozialversicherungen AHV, IV, EO, UV und BV in Lohnprozenten*

Dreijahresmittel, gewichtet mit Lohnsumme total, 2023 bis 2027 Prognose



* Beitragssätze gemäss BSV-Sozialversicherungsstatistik. BV 2022 von SGB mit PK-Statistik des BFS berechnet.

QUELLEN: BSV, BFS, BERECHNUNGEN UND PROGNOSE SGB

der Familienzulagen. Die Sozialversicherungsstatistik des Bundes zeigt zudem, dass auch die Beiträge an die zweite Säule sanken. Wir brauchen die 13. AHV-Rente, weil das Leben teurer geworden ist und weil die Pensionskassenrenten der

Berufstätigen sinken. Entgegen den Angstszenerarien der Gegner ist sie ohne grosse Probleme finanzierbar. Wir haben das Geld für die dringende Rentenverbesserung.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

FELDZUG GEGEN DIE NOT: Die EU-Politik pusht die industrialisierte Landwirtschaft. Die kleinbetrieblichen Bauern bleiben aussen vor. Europaweit (hier in Paris) gehen sie dagegen auf die Strasse. FOTO: AFP / DIMITAR DILKOFF



Die Bauernaufstände gegen die EU-Agrarpolitik Ein krachendes Desaster

Die Agrarpolitik der EU ist gescheitert, sozial wie ökologisch. In den Trümmern suchen Rechtsextreme und Agrarkonzerne nach Gold. Vergebens. Langsam wird eine andere Musik hörbar.

OLIVER FAHRNI

Ein Klimaaktivist sass auf einem grünen Spielzeugtraktor, als die Gruppe «Letzte Generation» dieser Tage eine Strasse in Leipzig blockierte. «Wir dürfen das», verkündete ihr Transparent, «wir haben einen Traktor.»

Damit verspotteten sie nicht Europas Bauern, die überall rebellierend ihre Traktoren querstellen, sondern die einäugige Staatsmacht: Die Streiter gegen den ökologischen Zusammenbruch werden niedergeknüppelt und als «Öko-Terroristen» verfolgt. Legen aber Landwirte

2023 sind die bäuerlichen Einkommen scharf eingebrochen.

wochenlang Europas Strassen und Häfen lahm, verwüsten sie Supermärkte oder vernichten sie auf Autobahnen gekaperte Wagenladungen von Importfrüchten, geht die Politik mit ihnen auf Schmusekurs. In Frankreich konnte man sogar beobachten, wie die Polizei einige Bauern, die Präfekturen mit Mist und Gülle zuschütteten, sicher zu ihren Tatorten eskortierte. Niemand käme auf die Idee, die militanten Agrarier «Agro-Terroristen» zu nennen.

BEDROHTE EXISTENZEN

Heute hat der Bauernaufstand fast ganz Europa erfasst, in Italien und Spanien eskaliert er erst gerade. Begonnen hatte er in den Niederlanden – gegen den Versuch der Regierung, den Stickstoffausstoss zu begrenzen. Die Bauern Rumäniens, Polens (beides Länder mit hohem Agraranteil), Ungarns und der Slowakei fühlen sich durch ukrainische Dumping-Getreideexporte in ihrer Existenz bedroht. Dann gingen deutsche Landwirtinnen daran, den Subventionsabbau und steigende Spritpreise zu bekämpfen.

Zugleich reizten die riesigen Einkaufsplattformen der Supermarkt-Konzerne ihre Macht so sehr aus, dass sie die französischen, italienischen und spanischen Bauern an die Wand drückten. Die Preise im Laden sind massiv gestiegen, die

Produzentinnen und Produzenten aber bekommen für ihre Schwerarbeit immer weniger. So habe etwa Lactalis, der grösste Milchkonzern Europas, 2023 seine Einkaufspreise um 10 Prozent gesenkt, berichten südfranzösische Bauern. Das Milchgeld ist für viele die einzige regelmässige Einnahme. 2023 sind die bäuerlichen Einkommen generell scharf eingebrochen.

Gleichzeitig haben die Kosten für Dünger, Gifte, Energie, Kredite, Maschinen, Futtermittel, Saatgut usw. inflationär angezogen. Also stehen zahlreiche Betriebe auf der Kippe. Es könnte leicht zur einer letzten Flucht von der Scholle kommen. Die Gemeinsame Agrarpolitik Europas (GAP), die mehr als einen Drittel des EU-Milliardenhaushalts frisst, ist ein krachendes Desaster.

EINE LANDWIRTSCHAFT OHNE BAUERN

Ein System, bei dem 80 Prozent der EU-Agrarhilfe an 20 Prozent der Betriebe gehen, an die grössten und hochrentablen, muss scheitern. Nur wollen dies weder die mächtige EU-Agrardirektion noch die Bauernlobbys einräumen. Mit zahlreichen Anreizen hat die GAP eine Landwirtschaft der industrialisierten, kapitalintensiven Betriebe geschaffen, die viel Chemie und Wasser einsetzen, die Böden auslaugen, Klima und Biodiversität beschädigen, aber immer weniger menschliche Arbeit benötigen und vor allem auf die Weltmärkte zielen.

Der Plan ist eine Landwirtschaft ohne Bauern. Die Gemüsebauern im Hinterland von Marseille mit 13 Hektaren Land macht ein anderes Metier als der Geschäftsführer eines 650-Hektar-Betriebs im Besitz von Aktionären in der Gegend von Paris. Inzwischen sind die Einkommensunterschiede unter Bauern so krass «wie in keinem anderen Beruf», hat der Pariser Ökonom Thomas Piketty ermittelt.

Erstaunlich ist es nicht, dass die EU-Agrardirektion zum Grossgrundbesitz neigt. Sie steht unter dem koordinierten Einfluss der Agrochemie (zum Beispiel Syngenta), der Lebensmittelindustrie (zum Beispiel Nestlé), der Grossverteiler, Grossbauern, Lebensmittelspekulanten, Banken. Gemeinsam mit den Top-Bauernverbänden hat sie nun eine Sprachregelung gefunden, die den Schlamassel erklären soll: Schuld daran sei der «Grüne Deal» der EU. Der soll Europa bis 2050 zum «ersten klimaneutralen Kontinent» machen. Seine Einschränkungen, so argumentiert etwa der französische Bauernverband FNSEA, breche den Bauern das Genick.

Unsinn, erwidert Benoît Biteau, Vizepräsident der Kommission für Landwirtschaft im

Europäischen Parlament und selber Bauer: «Die Massnahmen des Grünen Deals sind noch gar nicht in Kraft. Wie hätten sie also schaden können?» Ausserdem, so Biteau weiter, seien die Landwirte die ersten Opfer von Pestiziden und anderen Zusatzstoffen, die sie verwenden.

Allein schon die Klimaüberhitzung ist für die Landwirtschaft eine Hypothek. Weinbau wird etwa in Italien bald nicht mehr möglich sein. Es hat keinen Sinn, Landwirtschaft gegen Ökologie zu stellen.

REGIERUNGEN KIPPEN DEN GRÜNEN PAKT

Doch den neoliberalen Regierungen in Paris, Berlin und EU-Brüssel passte die These vom Grünen Deal gut in den Kram. Sie setzten die Pestizidverbote vorerst aus, genauso wie die Vorschriften, vier Hektaren Boden zur Erholung brachliegen zu lassen. Regeln für die Biodiversität wurden annulliert. Den Agrar-Diesel verbilligen sie auch weiterhin.

Das freut die Rechtsextremen, die den Kampf gegen die Ökologie anführen. So wie in Deutschland die AfD die Bauernrebellion zu kapern versucht, zog auch in Frankreich der rechtsextreme Parteichef Jordan Bardella die Gummistiefel über, um die Früchte des Zorns zu ernten, Rassismus und Nationales predigend – im Juni sind EU-Wahlen. Aber es war ein Ball der Heuchler: Bardellas Rassemblement National (RN) hatte im EU-Parlament für die verheerende EU-Agrarpolitik gestimmt.

Der französische Bauernverband, der «das eigentliche Landwirtschaftsministerium» genannt wird, war zufrieden und blies erst einmal zum Rückzug. Doch da wurde unversehens eine ganz andere Realität sichtbar. Nicht nur Bauern, die Verrat schrien und die Verbandsflagge verbrannten. Ein wachsender Teil der Bewegung verabschiedet sich gerade von Verband und EU-Agrarpolitik. Auf einem Flugblatt schrieb die «Bauernkoordination»: «Wir wollen keine Unterstützung, sondern faire Preise.» Meist sind es kleine und mittlere Bäuerinnen und Bauern, die sich in Selbsthilfeorganisationen und neuen Marktgenossenschaften zusammenschliessen. Sie arbeiten ökologisch, schaffen erfolgreich eigene Absatzkanäle im Nahbereich, teilen Wissen, teure Gerätschaften und Wasser. Vernetzt leben sie besser von ihrer Arbeit. Nun schlagen sich auch die Gewerkschaften auf ihre Seite. Obstbäuerin Anne, die ein Händchen für alte Apfelsorten hat: «Nie vergessen, hier im Süden haben sich Arbeiter und Bauern immer die Hand gereicht.»



Laura und die Selbstbestimmung

Ich musste viele Male leer schlucken, als ich die horrende Krankenkassenrechnung für dieses Jahr das erste Mal bezahlte. Irgendwo lag noch der Zettel für die Prämienverbilligung. Schnell suchen, schnell ausfüllen und noch schneller abschicken. Alles an Vergünstigungen einholen, was geht. Zwar ist der Lohn durch die Gewerkschaftsarbeit etwas gestiegen, aber Himmel noch mal, die Rechnungen auch! Mein Hirn arbeitet schon länger im Sparmassnahmen-Modus, aber momentan auf Hochbetrieb. Mein täglicher Morgenkaf-



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

fee im Laden aus der Maschine? Gestrichen. Der regelmässige Gang zum Lieblingsbäcker? Gestrichen. Ich überlege dreimal, wofür ich mein Geld ausgeben, und vergleiche die Preise. Das hilft nur wenig, und ich bin noch gut dran, ich fahre kein Auto, also fallen hier mal schon einige Kosten weg. Aber ich leiste mir eine Weiterbildung, soll ich die jetzt sausen lassen oder durchziehen?

ARROGANT. Meinem gestressten Hirn fällt plötzlich einer unserer HR-Chefs ein. Und seine, wie ich finde, arroganten Antworten. Es war vor gut einem Jahr an einer grossen Sitzung mit über hundert Mitgliedern der Unia. Der

Dem HR-Chef ist egal, wie gut oder schlecht es uns geht.

HR-Chef hat sich grosszügigerweise eine Stunde für uns Zeit genommen. Meine Kollegin fragte ihn, wie man mit 4300 Franken überleben solle. Seine Antwort: Man sollte dann vielleicht lieber aufs Land ziehen und nicht in der teuren Stadt wohnen. Und auf die Frage, warum es dermassen schwierig sei, eine Lohnerhöhung für alle zu erhalten, sagte er: Er wisse nicht, warum eine Kassierin 6000 Franken verdienen sollte.

GLEICHGÜLTIG. Und ich fragte mich, warum ein so grosses Unternehmen, das sich sozial nennt, so scharf darauf ist, seine Angestellten in den Ruin zu treiben, obwohl Reingewinne in Milliardenhöhe zu verzeichnen sind. Milliarden! Warum lässt es das Unternehmen zu, dass der Graben zwischen denen, die viel haben, und denen, die wenig haben, immer grösser wird? Die Boni für die obere Etage werden offenbar ja auch angepasst. Für mich hiess diese Sitzung Folgendes: Das Geld bestimmt, wie selbstbestimmt du bist. Also vergiss dein selbstbestimmtes Leben. Die Chefetage bestimmt, wie wertvoll oder eben nicht deine Arbeit ist. Wie wird sich das weiterentwickeln? Wie wird meine finanzielle Situation in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren sein? Dem HR-Chef ist egal, wie gut oder schlecht es uns geht. Das hat er mit diesen Antworten eindeutig gezeigt. Und nun, ein Jahr später, kämpfen wir weiter. Die Volksabstimmung am 3. März ist wichtig für unsere Selbstbestimmung. Wir arbeiten nicht ein paar Jahre länger für andere! Und wir fordern die 13.AHV-Rente! Wir müssen zu uns schauen, denn niemand sonst macht es für uns!



Das offene Ohr

Marina Wyss von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

AHV I: Wann werde ich pensioniert?

Ich bin 64 Jahre alt (Jahrgang 1960). Letztes Jahr sagte mir die Personalabteilung, dass ich 2024 pensioniert würde. Als ich im Pausenraum freudig verkündete, dass ich mich dieses Jahr pensionieren lasse, haben mir die Kolleginnen und Kollegen gesagt, dass das nicht sein könne. Eine nicht wesentlich jüngere Kollegin sagte mir, dass das HR ihr die Auskunft gegeben habe, sie könne erst mit 65 in Pension gehen. Kann ich mich 2024 pensionieren lassen?

MARINA WYSS: Ja, Sie gehören zum letzten Jahrgang Frauen, die noch mit dem Abschluss des 64. Altersjahrs ihr Pensionsalter erreichen. Am 25. September 2022 wurde die Reform AHV 21 an der Urne angenommen. Die Unia hat diese Vorlage bekämpft, weil mit ihr das Frauen-



LÄNGER ARBEITEN: Ab Jahrgang 1961 steigt das Pensionsalter für Frauen schrittweise an. FOTO: ISTOCK

rentenalter erhöht wurde. Die Reform ist am 1. Januar 2024 in Kraft getreten. Neu sprechen wir nicht mehr vom ordentlichen Pensionsierungsalter. Sondern vom Referenzalter, das für Frauen und Männer einheitlich auf 65 Jahre festgelegt wurde. Für die Übergangsgeneration wird das Referenzalter der Frauen schrittweise um jeweils drei Monate pro Jahr erhöht. Mehr Informationen und eine auf Ihre Situation zugeschnittene Beratung erhalten Sie von der Ausgleichskasse.

Am 3. März 2024 stimmen wir wieder über zwei Rentenvorlagen ab. Achtung, nicht verwechseln: Die AHVx13-Initiative fordert eine dreizehnte AHV-Rente. Dazu sagen wir Ja. Die Initiative der Jungfreisinnigen hingegen will das Rentenalter schon wieder erhöhen. Dazu sagen wir Nein.

AHV II: Kann ich jetzt eine Teilrente beziehen?

Ich habe Jahrgang 1962 und erreiche mit 64 Jahren und 6 Monaten mein Referenzalter zur Pensionierung. Mit der AHV-Reform 21 gehöre ich ja zur Übergangsgeneration. Meine erwerbstätige Tochter hat an Weihnachten verkündet, dass sie ein Kind erwarte. Sie hat vor, nach dem Mutterschaftsurlaub wieder Vollzeit zu arbeiten. Ich würde mich gerne um das Enkelkind kümmern, wenn meine Tochter wieder zu arbeiten beginnt. Ich war bei der Ausgleichskasse und habe mich erkundigt, ob ich mich frühpensionieren lassen solle. Bei der Ausgleichskasse erklärte man mir, dass ich einen Teilvorbezug der Rente beantragen könne. Je nach Zeitpunkt käme auch ein tieferer Kürzungssatz zur Anwendung. Könnte ich die Rente teilweise vorbeziehen und Teilzeit weiterarbeiten?

MARINA WYSS: Ja, es handelt sich um eine neue Möglichkeit, die mit Inkrafttreten der neuen AHV-Gesetzgebung eingeführt wurde. Neu können Sie tatsächlich auch eine Teilrente beziehen. Die Ausgleichskasse kann Ihnen verschiedene Optionen berechnen. Mehr Infos finden Sie auf diesen Erklärvideoes: [rebrand.ly/videos-ahv](https://www.rebrand.ly/videos-ahv).

Arbeitspsychologin Hildegard Nibel weiss, was es braucht, damit wir im Job zufrieden sind – und bleiben

«Nach zwei, drei Jahren wird es vielen langweilig»

Dass die Arbeit manchmal nervt, ist normal – doch was tun, wenn die Unzufriedenheit zum Dauerzustand wird? Die Arbeitspsychologin Hildegard Nibel über gute Arbeit, schlechte Vorgesetzte und warum Callcenter-Mitarbeitende die neuen Fließbandarbeiterinnen sind.

MARIA KÜNZLI

work: Frau Nibel, wann sollte man an seiner beruflichen Situation etwas ändern?

Hildegard Nibel: Wenn man nicht mehr gerne zur Arbeit geht. Dass der Job nicht jeden Tag gleich viel Freude bereitet, ist klar. Aber wenn man sich über längere Zeit täglich überwinden muss oder sich das Gedankenkarussell auch nachts ständig um die Arbeit dreht, sollte man etwas ändern. Überhaupt sind Schlafprobleme der erste Indikator, dass es einem nicht gutgeht.

Wie lässt sich denn etwas ändern?

Zuerst sollte man herausfinden, wo genau das Problem liegt. Dabei helfen auch selbstkritische Fragen: Mache ich zu viel, was es gar nicht braucht? Bin ich über- oder unterfordert? Bekomme ich zu wenig Unterstützung, oder liegt es an strukturellen Bedingungen? Man sollte unbedingt über die eigene Unzufriedenheit sprechen, mit Kolleginnen und Kollegen oder mit der Chefin oder dem Chef. Oft gibt es Möglichkeiten, etwas zu verändern, ohne gleich zu kündigen. Mit einer neuen Aufgabe innerhalb des Unternehmens oder mit einer Weiterbildung. Es geht immer darum zu entscheiden: Was will ich verändern? Will ich darum kämpfen, ist es das wert?

Was gibt es für Möglichkeiten, wenn ein Jobwechsel keine Option ist?

Es kann helfen, sich auf körperlicher Ebene Gutes zu tun. Manche gehen joggen oder in die Berge, andere besuchen die Sauna, spazie-

ren oder gehen in einen Tanzkurs. Es heisst ja, man löse das Problem, indem man sich vom Problem löse. Das bedeutet, dass sich die Sache, wenn man etwas Abstand gewinnt, oft anders darstellt. Wenn man sich in den Frust eingräbt, sieht man die Türen nicht mehr, die einem offenstehen. Hilfreich ist auch, sich die Frage zu stellen: Was wäre das Kleinste, was ich verändern müsste, damit ich eine positive Wirkung spüre?

Was passiert, wenn die Unzufriedenheit zum Dauerzustand wird?

Dann kann es zu unterschiedlichsten Gesundheitsstörungen kommen. Manche fühlen sich schlecht, werden vielleicht launisch, entwickeln Ängste, trauen sich nichts mehr zu. Andere werden schmerz anfälliger, sind dauernd erkältet oder entwickeln eine Migräne. Soziale Ängste und Migräne gehören immer noch zu den Erkran- kungen, die am häufigsten unerkannt bleiben und daher auch oft falsch behandelt werden.

Was bedeutet gute Arbeit für Sie als Arbeitspsychologin?

Gute Arbeit hält das Gleichgewicht zwischen dem, was ich gebe als individuell empfundene Anstrengung, und dem, was ich zurückerhalte. In der Arbeitspsychologie nennt man das den «psychologischen Vertrag». Gute Arbeit beinhaltet zudem eine Balance zwischen Selbstverantwortung, Selbstbestimmung und gewissen Vorgaben, damit die Leute nicht völlig orientierungslos ihre Arbeit machen müssen. Ausserdem sind physikalische und biochemische Risiken auf ein Mi-



SICH GUTES TUN: Bei Unzufriedenheit am Arbeitsplatz gilt es auch, Abstand zu gewinnen, um den nächsten Schritt mit innerer Ruhe zu planen. FOTO: ISTOCK

WORKTIPP

GRATISBERATUNG AB 40 JAHREN

Sie überlegen sich, ob Sie Ihre Stelle kündigen und einen Neuanfang wagen wollen? Sie möchten sich weiterbilden, wissen aber nicht, in welche Richtung? Oder Sie wollen beruflich etwas ganz anderes machen? Viamia, ein Projekt des Bundes zur Förderung inländischer Arbeitskräfte, bietet in den kantonalen Beratungsstellen kostenlose Laufbahnberatungen für Menschen über 40 Jahren an. Falls Sie lieber erst einmal selber überlegen möchten: auf dem Onlineportal finden Sie auch Onlinefragebögen zur eigenen Standortbestimmung. www.viamia.ch

Seit wann beschäftigt sich die Arbeitspsychologie mit der Frage, was gute Arbeit ist?

Diese Diskussion ist spätestens seit den 1960er Jahren in Gang. Damals wurden erstmals Grundkriterien aufgestellt, die sogenannte gute Arbeit erfüllen muss. Diese waren von den grossen Themen der Zeit geprägt: Massenproduktion und Industrialisierung. In den 1990er Jahren veränderte sich wegen der Computerisierung auch die Definition von guter Arbeit. Extrem repetitive Industriearbeitsplätze wurden weniger, dafür erhöhte sich die mentale Belastung in unserer Dienstleistungsgesellschaft. Galten früher Fließbandarbeiterinnen und -arbeiter als besonders belastet, sind es heute Callcenter-Mitarbeitende, die die schlechte Laune der Leute, die mit

einem Produkt nicht zufrieden sind, abfedern und ertragen müssen.

Wie hat sich die Erwartung an gute Arbeit in den letzten zwanzig Jahren verändert?

Ich denke, dass die Grundbedürfnisse des Menschen an Arbeit gleich geblieben sind: Die meisten verrichten eine Arbeit, in der sie einen Sinn sehen und die ihrer Gesundheit nicht schadet. Sie wollen eine gute Beziehung zu den Kolleginnen und Kollegen. Und sie möchten faire Vorgesetzte, die ihre Leistungen sehen und anerkennen. Aus meinen Untersuchungen über Fluktuationen und krankheitsbedingte Abwesenheiten weiss ich, dass es den meisten Angestellten nach zwei bis drei Jahren im Job langweilig wird.

Manche kündigen dann. Andere bleiben, aber ihre Leistung lässt tendenziell nach, auch wenn es anfangs nicht auffällt, weil sie es durch gute Routine kompensieren. Ein guter Chef oder eine gute Chefin setzt alles daran, qualifizierte Leute zu behalten, indem er oder sie das Team in Veränderungsprozesse einbezieht und Lernmöglichkeiten bietet.

Wie zum Beispiel?

Für mich die schönste, einfachste und volkswirtschaftlich sinnvollste Art ist immer noch jene, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der Ideen entwickelt werden, was man im Unternehmen verbessern könnte. Die Ideen müssen in der Chefetage aber auch ernst genommen werden, sonst ist das Frustrationpotential umso höher.

PORTAL KUNUNU

FIRMA HUI ODER PFUI

Bleiben oder gehen? Diese Frage stellen sich viele Arbeitnehmende. Zögern lässt einen oft die Unsicherheit, ob die Situation bei einer anderen Firma wirklich besser wäre. Das Arbeitgeber-Bewertungsportal www.kununu.com, auf dem gegenwärtige und ehemalige Angestellte Unternehmen bewerten, kann eine Entscheidungshilfe sein.

TOP ODER FLOP: Die Plattform Kununu mit Sitz in Hamburg und Wien gibt es seit 2008. 2013 wurde sie vom sozialen Netzwerk Xing übernommen. Mittlerweile finden sich dort über 10 Millionen Bewertungen, auch über Unternehmen aus der Schweiz wie Coop, SBB oder UBS. Allein auf die Kununu-Bewertungen sollten Sie sich aber nicht verlassen. Man kann zwar davon ausgehen, dass die meisten Bewertungen echt sind, dafür spricht das aufwendige Verfahren, mit denen Kununu Bewertungen überprüft. Allerdings sind es wohl vor allem sehr zufriedene und sehr unzufriedene Mitarbeitende, die eine Bewertung hinterlassen, was den Eindruck sehr gut und sehr schlecht bewerteter Unternehmen verfälschen kann. Je mehr Bewertungen ein Unternehmen hat, desto mehr können Sie davon ausgehen, dass an der Kritik oder dem Lob auch wirklich etwas dran ist. (mk)

Manche kündigen dann. Andere bleiben, aber ihre Leistung lässt tendenziell nach, auch wenn es anfangs nicht auffällt, weil sie es durch gute Routine kompensieren. Ein guter Chef oder eine gute Chefin setzt alles daran, qualifizierte Leute zu behalten, indem er oder sie das Team in Veränderungsprozesse einbezieht und Lernmöglichkeiten bietet.

Wie zum Beispiel?

Für mich die schönste, einfachste und volkswirtschaftlich sinnvollste Art ist immer noch jene, eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der Ideen entwickelt werden, was man im Unternehmen verbessern könnte. Die Ideen müssen in der Chefetage aber auch ernst genommen werden, sonst ist das Frustrationpotential umso höher.

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



VIELE, VIELE FOTOS: Wer seine Bildersammlung nicht katalogisiert, sucht irgendwann verzweifelt nach der Nadel im Heuhaufen! FOTO: ADOBE STOCK

So bringen Sie Ordnung ins digitale Fotochaos

Oft häufen sich Tausende von Fotos auf dem Computer. Für Ordnung können Fotoverwaltungsprogramme sorgen – auch kostenlose. Ein wichtiges Kriterium für die Auswahl des richtigen Programms: Bilder sollten sich mit Stichwörtern («Tags») versehen lassen. Etwa mit Personennamen oder wichtigen Merkmalen wie «Hochzeit» oder «Firmenausflug». So kann man später leicht nach den Fotos suchen.

PLATZ EINS FÜR «DIGIKAM». Wichtig ist, dass diese Stichwörter auch direkt auf dem jeweiligen Foto gespeichert werden. Nur so bleiben sie erhalten, wenn Sie später ein anderes Verwaltungsprogramm benutzen möchten. Das funktioniert sehr gut mit der Software «Digikam». Sie überzeugte am meisten. Sie können damit die Bilder auch nachträglich bearbeiten. Zudem können Sie die Fotos je nach Erstellungsort auch auf einer Landkarte anzeigen oder Duplikate aufspüren. Nach etwas Einarbeitungszeit lässt sich das Programm gut und schnell bedienen.

Auch «XnView MP» ist vielseitig, braucht jedoch noch mehr Einarbeitungszeit als «Digikam». Praktisch: Hat man die Fotos bereits auf der Festplatte in Ordner sortiert, übernehmen beide Programme diese Sortierung. Anders das Fotoverwaltungsprogramm «Fotos» auf dem Mac. Es ist zwar besonders einfach zu bedienen, ignoriert jedoch jede Sortierung der Fotos, die man auf der Festplatte zuvor gemacht hatte. Dafür lassen sich die Fotos in Alben neu ordnen. Am schlechtesten schnitt die «Windows Fotoanzeige» ab, die auf Windows-Computern installiert ist. MARC MAIR-NOACK

Versehen Sie Fotos mit Stichwörtern, um sie später besser zu finden.

Die besten Tipps zum Umgang mit dem Smartphone bei Kindern und Jugendlichen will ein Handy!



GROSSE WEITE WELT: Das Smartphone gehört heute schon in jungen Jahren dazu. FOTO: ADOBE STOCK

Alle Eltern müssen früher oder später entscheiden, wann ihr Kind sein erstes Handy erhält. Und wenn es so weit ist, stellen sich viele weitere Fragen. work gibt erste Antworten.

MARIA KÜNZLI

Welche Regeln sind sinnvoll?

Grundsätzlich gilt: Gewisse Regeln festzulegen, an die sich alle Familienmitglieder halten, ergibt auf jeden Fall Sinn und hilft Kindern und Jugendlichen, einen gesunden Umgang mit Handys zu entwickeln. Mit «alles» sind auch Sie als Eltern gemeint! Halten Sie sich selbst an die Regeln, fällt es auch Ihren Kindern leichter, diese zu befolgen – zum Beispiel, das Handy während des Essens auszuschal-

ten oder handymfreie Abende einzulegen. Am besten stellen Sie die Regeln gemeinsam mit Ihren Kindern auf. Unbedingt sollten Sie mit Ihrem Kind darüber sprechen, welche Daten es im Internet preisgeben darf und welche nicht. Weiterführende Tipps dazu finden Sie zum Beispiel bei Pro Juventute: [rebrand.ly/sicherheit-im-netz](https://www.rebrand.ly/sicherheit-im-netz).

Sollen wir die Bildschirmzeit beschränken?

Ein tägliches oder wöchentliches Zeitlimit festzulegen ist hilfreich und nötig. Nützlich, auch wenn es kein Allheilmittel ist: Sie können die Bildschirmzeit auf dem Gerät Ihres Kindes beschränken, sogar für jede App einzeln, und auch gewisse Onlineinhalte ganz sperren. Mehr Informationen und eine

Anleitung gibt es zum Beispiel hier: [rebrand.ly/handy-kindersicherung](https://www.rebrand.ly/handy-kindersicherung).

Was, wenn die Regeln nicht eingehalten werden?

So, wie Sie die Regeln gemeinsam festlegen, sollten Sie auch die Konsequenzen bei einem Regelbruch zusammen definieren. Zum Beispiel: Wer den handymfreien Abend nicht einhält, muss am Wochenende für alle kochen oder den Tisch decken. Nicht zu empfehlen ist es, Handyzeit als Belohnung oder Strafe einzusetzen – dann wird die Zeit am Handy nur noch kostbarer für Ihr Kind. Wird der Regelbruch zur Gewohnheit, sollten Sie gemeinsam überlegen, was helfen könnte, damit sich das Kind an die Regeln halten kann.

Was hilft dem Kind auf dem Weg zum bewussten und gesunden Medienkonsum? Leben Sie es vor! Nicht hilfreich ist es, den Handy- und Medienkonsum generell zu verteufeln oder ganz zu verbieten. Einen gesunden Umgang mit dem Handy lernt man nur, indem man es benutzt. Sprechen Sie mit Ihrem Kind über seine Medienaktivitäten und zeigen Sie Interesse. Vielleicht spielen Sie das Lieblingsspiel des Sprösslings auch mal mit?

Woran erkenne ich, dass mein Kind zu viel Zeit am Handy verbringt?

Sitzt das Kind lieber drinnen am Handy, statt sich mit Freunden und Freunden zu treffen? Hat es keine Lust mehr auf Hobbys, ist es oft gereizt oder aggressiv?

Das könnten Anzeichen für einen zu hohen Medienkonsum sein. Wichtig ist herauszufinden, warum das Handy gerade so wichtig ist: Vielleicht läuft es in der Schule nicht gut, oder es gibt Probleme mit den Freundinnen und Freunden? Gelingt es nicht, die Bildschirmzeit im Zaum zu halten, und führt das Thema oft zum Streit, kann es helfen, sich bei einer Beratungsstelle Hilfe zu holen.

Stellen Sie Regeln auf und halten Sie sich auch selber an diese.

Weiterführende Informationen und Adressen von Beratungsstellen auf der nationalen Plattform zur Förderung von Medienkompetenz: www.jugendundmedien.ch.

ZAHLEN UND FAKTEN VIER VON FÜNF ZWÖLFJÄHRIGEN

43 Prozent der 8- bis 9-jährigen haben in der Schweiz ein eigenes Handy, bei den 12- bis 13-jährigen sind es 79 Prozent. Das belegen Studien der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW ([rebrand.ly/zhaw-mike](https://www.rebrand.ly/zhaw-mike)). In der Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter von bis 19 Jahren sind es gar 99 Prozent, die mit eigenem Handy oder Smartphone ausgestattet sind. Weitere Zahlen und Fakten zur Mediennutzung finden Sie hier: [rebrand.ly/zahlen-mediennutzung](https://www.rebrand.ly/zahlen-mediennutzung).

Movendo-Kurse Lust auf Wissen

Movendo bietet Nahrung fürs Hirn zu vielen Themen. Ein Kurs-Tipp für Jugendliche und einer für Ältere.

POLITIK FÜR JUNGE. Wer regiert die Schweiz? Und was kann das Volk in einer Demokratie bewirken? Wie funktioniert die direkte Demokratie? Der Kurs «Politik verstehen: Einstieg für junge Erwachsene» erklärt das politische System der Schweiz an praktischen Beispielen und aktuellen Themen. Junge Menschen erfahren, was sie selbst tun können, um Politik und damit die Schweiz mitzugestalten. Der Kurs richtet sich an junge Menschen bis 35 Jahre, die einen Einstieg in politische Diskussionen finden möchten.

Die digitale Welt ist keine Hexerei – auch für Ältere.

und Senioren (Windows 11 / MS Office 2021) lernen sie ohne Scham und Zeitdruck, Texte und Mails zu schreiben und im Internet zu surfen. (mk)
Kursdaten: 20. bis 22. März 2024 in Wallisellen. Infos und Anmeldung: [rebrand.ly/movendo-pc](https://www.rebrand.ly/movendo-pc) oder über die Telefonnummer 031 370 00 70. Infos: www.movendo.ch
Kursdaten: 13. April 2024 in Zürich, 16. und 18. April 2024 online. Infos und Anmeldung: [rebrand.ly/movendo-politik](https://www.rebrand.ly/movendo-politik)



workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: BAUARBEITERIN



DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Belvedere in Grindelwald für zwei Personen, hat gewonnen: Eliane Fritz, Bern
Herzlichen Glückwunsch!

ehem. CH-Fussballer (Blerim)			Ölpflanze	Eingang, Pforte	Sing- und Tanztheater			Vorzeichen	sehr förmlich	Datenträger	längere Wegfahrt		männl. Artikel (3. Fall)		(jmd. etwas) zufügen	am Tagesende	Pferdezuruf: links!	Autokz. Kanton Waadt
Mitte	3							Bildschirm (engl.)							13. ...-Rente JA am 3. März			
sächl. Fürwort			Eishockeyclub: ZSC ...		von jener Zeit an								Filmreihe		Raum d. Wohnung	8		
bildende Künstlerin		5						Gemeinde am Genfersee		alt Bundesrat † 1977		Weltweites ...-Wahljahr						Schornstein
					Nebenfrau Abrahams	Pflanzen wässern						1			landwirtschaftl. Geräte		Goldmünzen	
schweiz. Filmregisseur			unverschämt, gemein	halber Teil					6				europ. Wasserstrasse	altmord. Sagensammlung				
Längenmessgerät						10	inliegend, dazu	gesetzlich erlaubt			allseitig, überall							11
				Gleichgewicht	Kredit									frei, unbesetzt		Abk.: künstliche Intelligenz		
Zahlwort	histor. Ort am Urnersee		lange Stoffstreifen								Computerspeicher		ohne tier. Produkte lebend					
Funktionsverfahren					US-Schauspieler † (Cary)	eigenes Tun bedauernd		Greifvogel				4			Grundstücksabgrenzung		obere Raumbegrenzung	
			Glasur, Überzug	glücken, gelingen									Verletzung: ...wunde	Teil d. Arzttitels				
Zuckerrohrschnaps	Erzengel									gallertartige Substanz			trop. Staudenfrucht			7		
Stadt im Berner Oberland				kurzer engl. Gruss	Keimzelle		Ostgermanin				2			Skatbegriff		Identitätskarte (Kw.)		
unausgewogen	SVP-Platzgöri; neuer Generalsekretär												... in der Levis-Textilfabrik					
								Gemeinde im Kt. BE						unser Planet				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 23. Februar 2024

INSERAT

JA zur 13. AHV-Rente

- Die Renten sind zu tief. Sie reichen immer weniger zum Leben.
- Die Teuerung hat in den letzten Jahren eine ganze Monatsrente weggefressen.
- Von der AHV profitieren alle, besonders die Arbeitnehmenden mit kleinem Portemonnaie.

Initiative für eine 13. AHV-Rente

Wollen Sie die Volksinitiative «Für ein besseres Leben im Alter (Initiative für eine 13. AHV-Rente)» annehmen?

JA

NEIN zum Rentenalter 67

- Ältere Arbeitnehmende kriegen schon heute kaum noch Jobs.
- Die Initiative macht die Frühpensionierung auf dem Bau und für die Maler/Gipser kaputt.
- Es ist ungerecht, denn nur die Reichen könnten noch frühzeitig in Rente gehen.

«Renteninitiative» der Jungen FDP

Wollen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» annehmen?

NEIN

Jetzt abstimmen: Jede Stimme zählt!



WORKLESERFOTO



Ein Platz an der Sonne

WANN 14. Januar 2024
WO Im Thurgau
WAS Silberreihler
Eingesandt von Max Althaus, Frauenfeld

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

26. Januar 2024 **work** 7

Warum eine 13. Rente? Deshalb!
Die Gegnerinnen und Gegner der 13. AHV-Rente. work lässt «Ermöglicht ein würdiges Leben im Alter»

«Bei jedem Wetter Unterschriften gesammelt»
Jean-Acker (S), pensionierter Sozialarbeiter, Zürich

«Die Renten müssen zum Leben reichen»
Hilja Muttanen Gents (S), Spengergemeinde, Bern

WARUM DIE 13. RENTE? Sie hat viele Vorteile, aber es wird immer noch überlegt, ob sie wirklich notwendig ist. Die Gegnerinnen und Gegner der 13. AHV-Rente sind überzeugt, dass sie nicht nur die Staatskasse belastet, sondern auch die Rentnerinnen und Rentner zu Lasten der jüngeren Generationen belastet. Sie fordern eine Reform der AHV, die die Lebenshaltungskosten der Rentnerinnen und Rentner berücksichtigt und die Finanzierung der AHV langfristig sichert.

WARUM DIE 13. RENTE? Sie hat viele Vorteile, aber es wird immer noch überlegt, ob sie wirklich notwendig ist. Die Gegnerinnen und Gegner der 13. AHV-Rente sind überzeugt, dass sie nicht nur die Staatskasse belastet, sondern auch die Rentnerinnen und Rentner zu Lasten der jüngeren Generationen belastet. Sie fordern eine Reform der AHV, die die Lebenshaltungskosten der Rentnerinnen und Rentner berücksichtigt und die Finanzierung der AHV langfristig sichert.

WORK 1 / 26.1.2024: 13. AHV-RENTE, DIVERSE BEITRÄGE
Ein Auftrag der Verfassung

Ist unsere Generation systemrelevant? Als Rentner sage ich Ja! Weshalb? Unsere Generation, unsere Eltern und Grosseltern haben die Schweiz zu dem gemacht, was sie heute ist. Zwar nicht perfekt, aber immerhin eines der wohlhabendsten Länder dieser Welt. Wir haben der aktiven Generation, sprich den Jungen, ein Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrssystem und anderes mehr hinterlassen, auf dem sich aufbauen lässt. Als Rentnerinnen und Rentner sind wir ein Wirtschaftsfaktor, der durch die Nachfrage nach Konsum und Dienstleistungen Arbeitsplätze schafft. Die Schweiz hat einen Verfassungsauftrag, die Existenzsicherung der älteren Generation durch die AHV. Diese ist schon lange nicht mehr gegeben, weshalb die 13. AHV-Rente ein Schritt in die richtige Richtung ist. Die AHV ist die Versicherung mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, d. h. pro

einbezahlten Franken erhalten wir am meisten Geld zurück. Deshalb stärken wir die AHV mit der 13. AHV-Rente und erfüllen unseren Verfassungsauftrag. PS: Ich vertraue auf unsere Jugend. Dank ihrer guten Bildung wird sie Wege finden, mit innovativen Lösungen die Zukunft zu gestalten und unseren Vorsorgewerken Sorge zu tragen. Dies nennt sich Generationenvertrag!

Von wegen nicht finanzierbar

Die Lebenskosten steigen. Miete, Essen, Strom, Krankenkassen usw. Die Teuerung steigt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten meist einen Teuerungsausgleich. Rentnerinnen und Rentner dagegen leben zum Teil in Armut. Die Reichen werden immer reicher, und die Schere geht immer weiter auseinander. Jetzt kommt eine Initiative, die diesen Umstand ein bisschen anpassen möchte – und was passiert? Die Bürgerlichen schreien: «Hilfe, das können wir

uns nicht leisten!» Von wegen nicht finanzierbar. Ich erinnere daran, dass mit der OECD-Mindestbesteuerung ab 2024 bis zu 2 Milliarden Franken in die Bundeskasse fliessen. Warum dieses Geld nur den Kantonen zuschieben?

Im weiteren erinnere ich daran, dass die heutigen Rentnerinnen und Rentner zum Teil unter miserablen Bedingungen und zu hundert Prozent gearbeitet haben und somit zum heutigen Wohlstand, auch für die heutige Jugend, sehr viel beigetragen haben.

Und von wegen Giesskannenprinzip: Es ist nicht zwingend notwendig, dass die Rentnerinnen und Rentner, welche die 13. AHV-Rente nicht brauchen, diese für sich selber verwenden. Wie wäre es stattdessen mit einer Spende an einen karitativen Zweck? Das wäre gelebte Solidarität. Aus den obengenannten Gründen und weil wir es verdient haben, stimme ich am 3. März 2024 Ja für die 13. AHV-Rente. Nur so können wir etwas gegen die schleichende Verarmung älterer Mitmenschen in der Schweiz tun. Danke für euer Ja am 3. März 2024.

Über den Tisch gezogen

Wie üblich wird vor Abstimmungen und Wahlen wieder gelogen und betrogen. Es ist erstaunlich, wie viele jener, die bis dreissig studiert haben, Stipendien kassiert haben und 18 Jahre lang nichts oder minim an die AHV bezahlt haben, nun über die Babyboomer lästern. Ich erinnere mich noch gut, was bei der Abstimmung zur zweiten Säule alles von wegen

guter Renten versprochen wurde. Man hat schon damals das Volk über den Tisch gezogen!

WORK 1 / 26.1.2024: JEAN ZIEGLER: «DAS ENDE DER UNO?»

Uno wie der Völkerbund

Richtig, Jean Ziegler: Die Völkerbundsatzung kannte keine Sanktionen und Massnahmen zur wirksamen Durchsetzung ihrer Prinzipien. Die Uno kennt solche, kann sie aber auch nicht durchsetzen. Siehe die Resolution 242 von 1967. Noch heute warten die Palästinenser auf ihren eigenen Staat.

WORK 21 / 15.12.2023: DAS SYSTEM FENACO

Milliarden verbuttert

Einer der ganz grossen Profiteure unserer Steuergelder. Genauso wie Emmi. Wahnsinn, wie viele Milliarden wir in eine nicht selbständig überlebensfähige Industrie buttern. Was man damit alles machen könnte: Bildung, Forschung, Infrastruktur...

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unio.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



**RETO BROTSCHI
VERHANDELN UND
VERREISEN**

Unia-Mitglied ist Reto Brotschi seit dem Lehrabschluss, 2015 wurde er in die Personalkommission seines Arbeitgebers ISP gewählt. «Als eines Tages ein Unia-Team auf unsere Baustelle kam, habe ich gemotzt, was ich am GAV nicht fair finde. Und der Sekretär: «Hey, komm in den Vorstand!» Seither sitzt er im Regiovorstand Biel-Seeland, heute auch in der regionalen und der nationalen paritätischen Kommission. So hat er den aktuellen GAV und die Lohnrunde mitverhandelt. Brotschi: «Da wird hart verhandelt, aber am Schluss findet man sich. Ich habe viel gelernt!»

SCHRAUBEN. Schon als Bub baute er für die Modelleisenbahn eine regulierbare Lichtanlage, dann eine Disco-Beleuchtung, mit vierzehn schraubte er am Töffli herum. Vor ein paar Jahren kaufte er einen schrottreifen Honda, Baujahr 1971. Den will er restaurieren. Vorher aber geht er in die Schule. Er schliesst gerade eine berufsbegleitende Weiterbildung ab, zum Elektrotechniker HF mit Unternehmensführung. «Im Sommer habe ich das hoffentlich geschafft. Dann ist zuerst eine grosse Reise angesagt – nach Schweden und mit dem Schiff weiter nach Estland.»



**Auch als bauleitender Elektromonteur legt Reto Brotschi (36) selber Hand an
«Ich hämmere gerne mal los»**

Je grösser und komplizierter ein Projekt, desto mehr ist Reto Brotschi im Element. Der bauleitende Elektromonteur sagt, was er von Mikrowellen-Food zum Zmittag hält – und warum der Container mit seinem Büro drin so schwer ist.

CHRISTIAN EGG | FOTOS ALEXANDER EGGER

Auf dem kleinen Schreibtisch schiebt Reto Brotschi die Papierstapel etwas zur Seite, damit der work-Reporter seine Kaffeetasse abstellen kann. Der Platz ist knapp im blauen Container auf der Baustelle in Biel, wo Brotschi und seine Elektriker-Equipe derzeit arbeiten. Bei einem grossen Projekt seien sie bis zu drei Jahre am gleichen Ort, erklärt der 36-jährige. Hier sind sie in ein paar Wochen fertig, dann geht es zur nächsten Baustelle. Der Container kommt mit.

Brotschi macht es sich auf seinem alten Bürostuhl bequem und sagt, nur wenige in der Firma hätten einen eigenen Container. «Die anderen richten sich jedes

Mal neu ein. Die haben aber auch nicht so ein Materiallager.»

Tatsächlich: Ein Gestell mit über 50 Plastic Schubladen nimmt mehr als die halbe Wand des Containers ein. Es enthält Klemmen, Kabel, Sicherungen – Verbrauchsmaterial, sagt Brotschi. Wenn er neu auf einer Baustelle anfängt, füllt er als erstes sein Lager wieder auf. Die Projektleiter, sagt er und lacht, hätten meist keine Freude, wenn er für tausend Franken Material bestelle. «Aber so muss ich nicht jeden Abend checken, was ich an Kleinmaterial brauche. Das spart Zeit.»

ABER DANN... Brotschi grinst immer noch und sagt, mit dem Material, den hier versorgten Maschinen und der eingebauten Küche wiege der Container halt mehr: «Die Firma weiss unterdessen, dass sie für den Transport den grossen Camion mit Kran bestellen muss.» Ja, er sei oft belächelt worden wegen seines ganzen Zeugs. Aber er lässt sich nicht beirren. «So habe ich's gelernt. Und hey, während der Pan-

demie gab es ja riesige Lieferprobleme. Da kamen plötzlich alle: Du, hast du mir diese oder jene Sicherung?»

Seit seinem Lehrabschluss als Elektromonteur arbeitet Reto Brotschi bei der ISP Electro Solutions, einer Tochterfirma des Stromkonzerns BKW. Nach anderthalb Jahren als Servicemonteur fragte ihn die Firma, ob er den Posten eines Bauleiters übernehmen wolle. Es habe ihn gereizt, Verantwortung zu übernehmen. «Und ich wollte mir beweisen, dass ich das kann.»

SEITE AN SEITE. Er kann es. Seit 12 Jahren führt er als bauleitender Elektromonteur bis zu zehn Mitarbeitende, je nach Grösse der Baustelle. Er erledigt Papierkram, ist Ansprechperson vor Ort für Kundschaft, Bauherrschaft, für die Lernenden, für die Chefs seiner Firma. Hier in Biel sind sie aber nur zu dritt, so legt er die meiste Zeit selbst Hand an. Und das passt ihm: «Wenn es ein Loch braucht, nehme ich gern mal eine Spitzmaschine und hämmere los.»

Meist ist Reto Brotschi für Grossprojekte im Einsatz, am liebsten für Industrieanlagen: «Da sind die technischen Anforderungen viel höher, etwa beim Brandschutz. Oder wenn es eine Änderung gibt während des Bauens – dann kannst du nicht wie bei Wohnungen schnell eine Wand aufspitzen.»

TERRAIN VERLOREN. Solche Herausforderungen machten die Arbeit attraktiv, sagt Brotschi. Deshalb schmerze es ihn, dass der Beruf unter jungen Menschen wenig gefragt sei. Klar, das liege an den Löhnen, die lange nicht Schritt gehalten hätten. «Schau, ich habe 2009 mit 4200 Franken im Monat angefangen.» Damals ein akzep-

tabler Einstiegslohn. Doch den Schritt auf 5000 Franken Mindestlohn, den habe erft der GAV von 2019 gebracht – nach einer denkwürdigen Demo in Zürich (work berichtete: [rebrand.ly/Stromer-gav](https://www.workzeitung.ch/rebrand.ly/Stromer-gav)). «Vorher haben sich die Löhne in der Branche fast nicht bewegt. Zehn Jahre lang!»

Nach der Bauleiterschule habe er, wie die meisten, um die 5600 Franken verdient. Dann habe die Firma seine Erfahrung honoriert: «Schon seit mehreren Jahren fängt der Betrag mit einer 6 an. Davon kann ich leben.»

Trotzdem: Bis zur Pensionierung bleibe er wohl nicht im Baugewerbe. Der Termin- und Kostendruck nehme ständig zu, das strapaziere den Körper und die Nerven. Besonders, wenn ein Projekt schlecht geplant und die Gesamtbauleitung überfordert sei. Das komme leider immer öfter vor. Und weil die Stromer die letzten auf der Baustelle seien, müssten sie oft Fehler ausbaden, die vorher gemacht wurden. «Wenn es eine böse Überraschung nach der anderen gibt, werden die Arbeiter hässig, ist ja klar. Und ich muss Lösungen bringen.» Das sei eine zusätzliche Belastung für alle, die eigentlich gar nicht nötig wäre.

Er hat gelernt, gut zu sich zu schauen. Am Mittag legt er eine Stunde Pause ein und isst eine warme Mahlzeit. «Die Zeit nehme ich mir. Ich rate jedem ab, nur ein Sandwich zu verdrücken oder in der Mikrowelle etwas aufzuwärmen.» Auf Dauer sei das nicht gesund. Wenn es regnet, ist er in einem Restaurant in der Nähe. Und bei Schönwetter? Brotschi öffnet die Tür. Vor dem Container steht ein halbiertes Blechfass mit einem Gitterrost. «Dann grilliere ich mit den Jungs.»



PRÄZISION: Reto Brotschi ist meist für Grossprojekte im Einsatz. Entsprechend kompliziert sind die Leitungs- und Schaltpläne seiner Baustellen, und umso wichtiger ist präzise Arbeit.

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.

**Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Martin Jakob, Maria Künzli, Daniel Lampart, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.